

Verkehrs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 8.

Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenburgerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 20. Februar 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
jedes vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen 20 Pfg. die Zeile.

23. Jahrg.

Wie es um den Arbeiterschutz im Maler- gewerbe bestellt ist!

Nachdem der Kampf gegen die verheerenden Wirkungen der zur Verwendung kommenden giftigen Bleifarben von unserem Verbande in vollem Umfange aufgenommen worden war, traten auch Hygieniker und Sozialpolitiker, die die ungeheure Gefahr erkannt hatten, welche die chronische Bleivergiftung für Gesundheit und Leben unserer Berufskollegen heraufbeschwört, hervor und forderten als dringliche Pflicht der Gesellschaft und des Staates, alle Maßnahmen zu treffen, die dieser Berufsgefahr wirksam entgegenzutreten geeignet sind. Während jedoch von unserer Seite auf Grund praktischer Erfahrungen in der Petition an den Reichstag und Bundesrat als das geeignetste und sicherste Ziel gegen die Bleige-fahr ein gesetzliches Verbot der Bleifarbenverwendung gefordert wurde, hielten die Herren Sozialpolitiker es für geraten, vorerst den Versuch durch vorübergehende Maßregeln, durch den Erlass von Schutzvorschriften zu machen, da es vom technischen Standpunkt aus nicht berechtigt sei, ein direktes Verbot der Bleifarbenverwendung zu fordern. Auch die Gesellschaft für soziale Reform stellte sich auf diesen Standpunkt. In ihrer Petition 1903 an den Bundesrat um Erlass von hygienischen Schutzvorschriften für das Malergewerbe bekennt sie sich auch „angesichts der Maßnahmen der ausländischen Gesetzgebung zu der Notwendigkeit einer völligen Beseitigung der Bleifarben und ihres Ersatzes durch giftfreie Farbstoffe“, wenn sie aber trotzdem ihre prinzipiellen Forderungen vorläufig abschwäche, so bestimmten sie hierzu die Rücksicht auf die in Deutschland so blühende Bleiweißindustrie, die Erwägung, daß die Frage des Ersatzes der Bleifarben für Außenanstrich usw. noch nicht völlig klar entschieden sei und die Erwartung, daß bei energischer Durchführung der Schutzvorschriften für die Bleiweißverwendung eine Zurückdrängung der Giftfarben und damit ein entsprechendes Zurückweichen der Bleiweißfabrikation sich einstellen würde.

Auch der bekannte Hygieniker und Arzt, Prof. Dr. Sommerfeld, schrieb 1904 in seiner Zeitschrift für das Internationale Arbeitsamt in Basel, er vertrete die Ansicht, daß eine Industrie, welche Gesundheit und Leben der Arbeiter unbedingt fordert, nicht existenzberechtigt ist und ohne Rücksicht auf die materiellen Interessen der Unternehmer von der Wirtschafte verschwinden muß; indessen liegen die Verhältnisse in dem Berufe der Maler, Anstreicher und Lackierer, so sehr diese Arbeiterkategorien auch unter den häufig auftretenden und nicht selten recht schweren Bleivergiftungen leiden, doch nicht so verhängnisvoll, daß man nicht den Versuch machen sollte, die gesundheitlichen Gefahren des Berufes durch vorbeugende Maßregeln zu beseitigen. So lange nicht die Erfahrung gelehrt hat, daß trotz Schutzvorschriften, trotz ihrer sachgemäßen Durchführung und trotz peinlicher Sorgfalt der Arbeiter Bleivergiftungen in erheblichem Umfange immer wieder vorkommen, kann ich mich zu der Forderung eines völligen Verbotes der Bleiweißverwendung nicht entschließen, weil diese Maßregel die hochentwickelte, blühende Bleiweißindustrie, die in Deutschland allein alljährlich gegen 80 000 Tonnen Bleiweiß zu Bleifarben verarbeitet, unbedingt mit einem Schlage vernichten würde. Wollen wir pflichtgemäß ohne Voreingenommenheit handeln, so ist allein die goldene Mittelstraße einzuschlagen, d. h. das Verbot der Verwendung von Bleifarben für Innenanstriche und solche Arbeiten auszusprechen, die den Witterungseinflüssen nicht dauernd ausgesetzt sind, für die Arbeiter, bei denen Bleifarben zur Verwendung gelangen, möglichst durchgreifende Schutzvorschriften zu erlassen.“

Unsere Kollegen wissen, daß die deutsche Regierung sich auf den Standpunkt der Gesellschaft für soziale Reform, soweit es sich um den Erlass von Schutzvorschriften handelt, gestellt hat, in der Annahme, für unser Gewerbe sei nun von Gesetzes wegen genügend geschehen, die Gefahr der Bleivergiftung einzuschränken oder zu beseitigen. Alle von unserer Organisation empfohlenen Verbesserungsvorschläge und Hinweise, wenigstens dann doch für eine hinreichende Kontrolle zu sorgen, blieben unbeachtet.

Am 1. Januar 1906 traten die Bundesrats-Vorschriften für die Betriebe des Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weißbinder- und Lackierergewerbes in Kraft. Trotzdem das Gesetz unseren Forderungen in bezug auf die eigenartigen

Verhältnisse unseres Gewerbes nicht im geringsten Rechnung trug, nahm der Vorstand unseres Verbandes bei späterer Gelegenheit, die Mitglieder aufzufordern, für die Durchführung des Gesetzes eifrig Sorge zu tragen, wie auch an dieser Stelle beständig darauf hingewiesen wurde, daß unsere Kollegen auf dem Posten sein und alle Versuche an die Zentralverwaltungen oder Bezirksleiter richten sollten. Wir durften nicht den Vorwurf der Lässigkeit auf uns laden in einer Frage von so schwerwiegender Bedeutung, wo es sich um die Gesundheit und das Leben, um das Familienglied so vieler unserer Berufskollegen handelt. Nach dieser Richtung hin hat der Vorstand seine volle Schuldbiligkeit getan. Doch erachtet er es auch als seine weitere Aufgabe, zu prüfen, ob die Stellungnahme der Regierung und der Gesellschaft für soziale Reform sich als berechtigt erwies, ob in unserem Gewerbe auch wirklich durch Schutzmaßnahmen der Bleige-fahr mit Erfolg entgegengetreten werden könne und vor allem: Wie die Gesetzesbestimmungen zur Verhütung der Bleivergiftung gehandhabt werde?

In der soeben vom Vorstand herausgegebenen Broschüre: Die Bekämpfung der Bleivergiftung im Maler- und Anstreichergewerbe finden unsere Kollegen das Ergebnis der Statistik, die betreffs der Durchführung des Bleiweißgesetzes in unseren Filialen und Zahlstellen vorgenommen wurde, nachdem das Gesetz ein Jahr in Kraft war. Das Ergebnis ist geradezu niederschmetternd. Wir müssen konstatieren, auf Grund des vorliegenden, sorgfältig ermittelten Beweismaterials, daß eine solche Ver-ordnung zwar schon auf dem Papiere steht, in der Praxis aber vollkommen versagt.

Mit Merkblättern ist eben für uns keine wirkungsvolle Arbeiterschutzpolitik zu treiben. Das Unternehmertum kümmert sich in seiner Mehrheit, wo jede sachverständige Kontrolle fehlt, nicht im geringsten um papierene Vorschriften, ja nicht einmal in staatlichen Betrieben erachtete man es für notwendig, die Bundesratsverordnung streng durchzuführen. Noch die letzte Baudenkontrollur unserer Berliner Kollegen im Herbst 1908 ergab, daß auf 84 Proz. der Arbeitsstellen teilweise recht erhebliche Verstöße gegen die Bundesratsverordnung angetroffen wurden.

Wie äußerst mangelhaft es mit der Kontrolle der Gewerbeinspektion steht, geht daraus hervor, daß im Jahre 1907 nur etwa 12 Proz. der Malerwerkstätten revidiert wurden. In den einzelnen Bundesstaaten und Bundes-teilen ergibt die Revisionsstätigkeit der Gewerbeaufsichts-beamten folgendes Bild:

Provinz	Maler-, Lackierer- und Anstreicher-Werkstätten		
	Zahl der Anlagen vollständig revidiert	revidiert	Revisions-freie Anlagen
Preußen	12858	1175	1205
Bayern	2622	299	299
Sachsen	1886	51	51
Württemberg	977	604	608
Baden	909	2	2
Hessen	1035	757	832
Mecklenburg-Schwerin	289	—	—
Sachsen-Weimar	134	2	3
Mecklenburg-Strelitz	21	—	—
Lübena	234	—	—
Braunschweig	224	—	—
Sachsen-Meiningen	236	4	4
Sachsen-Altenburg	182	—	—
Sachsen-Koburg-Gotha	224	—	—
Anhalt	85	7	7
Schwarzburg-Sondershausen	79	9	9
Schwarzburg-Rudolstadt	46	—	—
Waldeck	37	—	—
Reuß alt. L.	78	15	15
Reuß jüng. L.	19	—	—
Schaumburg-Lippe	60	6	6
Lippe	124	34	34
Lübbeck	378	—	—
Fremden	791	1	1
Hamburg	457	61	66
Sachsen-Coburg-Gotha	24035	3027	3142

Angesichts dieser Revisionsergebnisse kann also mit vollem Recht gesagt werden, daß der sanitäre Arbeiterschutz fast völlig auf dem Papiere stehen bleibt, denn wenn der Gewerbeinspektor kaum alle 8 Jahre einmal eine Werk-stätte betritt, so ist es mit der Durchführung des Arbeiterschutzgesetzes sehr übel bestellt. Bereits im vorigen Jahre und auch in der Reichstags-Sitzung vom 6. Februar d. J. wies der Genosse Zubeil in treffenden Worten auf diese Mißstände hin, ohne daß die Regierung Anlaß nahm, zu ver-

sichern, zur Durchführung ihrer eigenen Bestimmungen die notwendigen Maßnahmen treffen zu wollen. Bei dem sozialpolitischen Geist des herrschenden Kurzes ist ja auch kaum zu erwarten, daß endlich einmal ein kräftiger Schritt nach vorwärts geschieht. Trotz dem häufigen Plahen, daß Deutschland an der Spitze der Arbeiterschutzgesetzgebung marschiert, wird man hübsch bescheiden hinter Oesterreich, Frankreich, Schweiz und anderen Staaten zurückbleiben, weiter erwägen und erwarten und das Geschäftsinteresse der 22 deutschen Bleiweißfabrikanten höher stellen, als die Gesundheit von vielen Tausenden in unserem Gewerbe tätigen Personen.

Für unsere Kollegenschaft muß darum die gleichgültige Stellungnahme der Regierung um so aufseuerlicher wirken, im Kampfe gegen die Bleivergiftung nicht zu erlahmen, bis ein striktes allgemeines Verbot der Verwendung von Bleifarben, das dringend erforderlich und auch durchführbar ist, erlassen wird. Denjenigen Herren aber, die in solcher Unkenntnis der Arbeitsweise und der sonstigen Verhältnisse in unserem Berufe glauben, daß durch Schutzvorschriften die meisten Fälle der Bleivergiftung vermieden werden können, dürfte das Ergebnis der statistischen Erhebungen ein Beitrag zur Revidierung ihrer vorerwähnten Meinung sein. Durch die zwingende Macht der Tatsachen werden auch sie dann zugeben müssen, daß für das Maler-, Anstreicher-, Lackierer-, Tüncher- und Weißbinder-gewerbe gegen die Bleige-fahr keine Palliativmittelchen in Betracht kommen können, sondern das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden. Dies muß auch nach eingehendem Studium Dr. Wächter in seiner v. J. erschienenen Schrift über die gewerbliche Bleivergiftung und ihre Bekämpfung konstatieren, indem er mit: Gewerbe als ein hoffnungsloses bezeichnet, für das ohne gewalttames Vorgehen kein Fortschritt zu erhoffen ist; nur durch Ausschluß der Bleifarben von der Verwendung kann unseren Kollegen geholfen werden.

An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Auftrage der 345 Delegierten des Tabakarbeiter-Kongresses, im Interesse der von diesen vertretenen 170 000 Arbeitern der Tabakindustrie und deren Hilfsindustrien, appellieren wir an eure Solidarität! Ihr, unsere Mitbrüder und Mitbewerber werdet Verständnis haben für unsere Bedrängnis; durch euren einmütigen Protest ist die Ansturz, ist die Zuchtens-Vorlage gefallen; Ihr werdet uns auch jetzt zur Seite stehen, weil unsere Interessen auch eure Interessen sind.

Ihr wißt, daß die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abermals zu den bisher von ihr getragenen circa 80 Millionen Mark Zöllen und Steuern mit weiteren 78 Millionen Mark neuen Steuern belasten will, weil man den in der Industrie tätigen über 202 000 Personen von ihrem Gesamtlohn von circa 110 Millionen Mark nicht plötzlich 80 Millionen Mark abziehen kann, da dann selbst für die an Nummer und Not gewöhnten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur Frision ihrer Existenz zu wenig übrig bleiben würde.

Aber, Ihr Arbeiter, die Ihr Tabakkonsumenten seid, wißt, daß Ihr nicht — zumal jetzt nicht in der Zeit der Krisis — beliebig eure Ausgaben für euren Bedarf an Tabak erhöhen könnt. Werden nach den Plänen der Reichsregierung die Konsumzigarren der großen Masse um 1 bis 2 Pfennige pro Stück verteuert, so könnt Ihr nicht der Reichsregierung und den Tabakarbeitern zu Liebe 25 bis 50 Pfg. pro Woche für euren Bedarf an Zigarren mehr zahlen, Ihr müßt Euch nach der Verteilung strecken und werdet euren Konsum entsprechend der Mehrbelastung vermindern müssen.

Der Tabak ist kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel, aber gerade weil er das ist, hat noch überall, in jedem Lande eine Zoll- oder Steuererhöhung einen entsprechenden Rückgang des Konsums zur Folge gehabt. Durch die Zollerhöhung von 1879 wurden circa 200 000 Tabakarbeiter brotlos; nach dem mit 1875 vergleichbaren Zahlen der Gewerbestatistik betrug 1882 die Zahl der aus der Industrie verdrängten Personen noch circa 14 000. Die in Beschäftigung verbleibenden Tabakarbeiter durften nur halbe Tage arbeiten. Dieser Zustand dauerte jahrelang. Ungeheures Elend kam über die Tabakarbeiter. In dieser entsetzlichen Periode der Not waren die Tabakarbeiter gegenüber den Fabrikanten völlig wehrlos; überall wurden die Löhne reduziert, in vielen Orten um höhere Beträge, als die Mehrbelastung durch den höheren Zoll ausmachte.

Für die gesamten Tabakarbeiter folgte eine zweijährige andauernde Periode völliger Versumpfung. Die Tabakindustrie ist eine fliegende Industrie, die Großfabrikanten haben sich nirgends absolut möglich ist, an einen Ort gebunden. Wollten die Arbeiter in einem größeren Industrieort zu den elenden Löhnen nicht weiterarbeiten, verlegte man die Fabriken in Ortschaften, wo die Arbeiter noch völlig bedürftlos waren: man gab Kommissions- oder Hausarbeit in ande-

zen weit abgelegenen Orten aus, um von der Arbeiter-Schaft so unabhängig wie nur irgend möglich zu bleiben. Zahlen beweisen. Die höchsten Löhne wurden vor 1879 im Norden, die niedrigsten im Süden bezahlt. 1875 betrug die Zahl der Arbeiter im Norden 22 000; 1906 16 000; im Süden dagegen waren 1875 20 000; 1906 49 000 Arbeiter. Die Zollerhöhung von 1879 ist eine der wichtigsten Ursachen mit, daß die Tabakarbeiter in ihrem Durchschnittsverdienst gegenüber den übrigen Arbeitern Deutschlands um 44 Prozent zurückgeblieben sind. Welch ungeheure Mühen hat es gekostet, die durch das Sozialistengesetz 1878 zertrümmerte Organisation wieder aufzubauen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter waren ohnmächtig gegenüber den Wirkungen der Zollerhöhung von 1879. In vielen Distrikten herrschte völlige Lethargie unter den Tabakarbeitern; das fürchtbare Elend hatte sie so stumpfsinnig gemacht, daß alle Versuche, sie zu organisieren, fehlschlügen. Endlich, nach zwei Jahrzehnten unglücklicher Mühe und Arbeit ist es gelungen, die Hoffnungslosigkeit, die dumpfe Verzweiflung etwas zu bannen; die Löhne sind in vielen harten Kämpfen im letzten Jahrzehnt wieder etwas erhöht worden. Das, was nach 1879 den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurde, haben sie jetzt, nach 30 Jahren, ungefähr wieder erreicht. Wahrscheinlich, wenn irgend eine Arbeiter-Schaft von Reich wegen in ihrer Lebenshaltung gedrückt worden ist, so sind es die Tabakarbeiter. Durch die ständig wachsenden indirekten Steuern wurden ihnen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenso verteuert, wie allen anderen Arbeitern.

Durch die Wirkungen der Zollerhöhung waren sie aber in ihrem Streben, sich der allgemeinen Teuerung entsprechend höhere Löhne zu erkämpfen, für zwei Jahrzehnte zurückgefallen. Im Jahre 1907 ein Durchschnittsverdienst von 541 Mk., 1907 von 603 Mk. Diese beiden Ziffern reden mehr als Worte es zu tun vermögen, sie zeigen uns, daß es wieder aufwärts geht, sie beweisen uns aber auch, wie traurig noch heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Begreift Ihr nun, weshalb wir Tabakarbeiter uns wehren müssen, begreift Ihr die Erregung, welche sich der ganzen Tabakarbeiter-Schaft bemächtigt hat? Begreift Ihr unsere Angst und unsere Sorgen?

Wir sollen das Opfer sein! „Auf dem Altar des Vaterlandes“, wie verständnislos und egoistische Hyperpatritien deklarieren, die sich selbst von ihrem großen Einkommen entsprechender Besteuerung drücken wollen, sollen wir das Opfer unserer Existenz bringen! Ob der Reichstag die von der Regierung vorgeschlagene Vandalensteuer annimmt, oder ob er, wie 1879, eine Zoll- und Steuererhöhung beschließt, für uns Tabakarbeiter wird das Unglück gleich groß sein.

Wiederum werden Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos werden, wiederum werden die beschäftigten Arbeiter bei wesentlich verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen, wiederum wird man uns die Löhne reduzieren.

Und wie nach 1879 werden die Fabrikanen abermals Fabrikfabriken dort errichten, wo völlig bedürfnislos, unorganisierte Arbeiter leben. Der Süden dürfte von dieser Abwanderung der Industrie nicht viel profitieren. — Ostwärts an die russische Grenze wird der Zug gehen. Dort werden jetzt die niedrigsten Löhne gezahlt, dort verdienen die Tabakarbeiter um 25 Proz. weniger als der allgemeine Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter beträgt — 446 Mk. pro Vollarbeiter im Jahr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern unseren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats zugeführt.

Unsere ganze Organisationsarbeit wird abermals vernichtet werden, wenn die Tabakindustrie mit höheren Zöllen und Steuern belastet wird.

Kann Euch das gleichgültig sein? Dürft Ihr ruhig zusehen, wie die Arbeiterschaft einer so großen Industrie völliger Versumpfung, dem Aulitum überantwortet wird?

Schon heute zählt die Reservearmee der Arbeitslosen nach Hunderttausenden, die hinzukommenden 40 000 oder 50 000 arbeitslosen Tabakarbeiter werden das Angebot von Arbeitskräften aber nicht für eine kurze Zeit, sondern für viele Jahre vermehren. Das bedeutet Lohnrückgang auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nicht nur für die Tabakarbeiter!

Bisher bot die Tabakindustrie Unterschlupf für verkrüppelte, schwächliche Personen; so mancher in einer anderen Industrie verunglückte Arbeiter, welcher bei der ihm kärglich zugemessenen Unfallrente nicht existieren konnte, wurde im späteren Lebensalter noch Tabakarbeiter. Wenn die Tabakindustrie durch eine Zoll- und Steuererhöhung in eine so fürchtbare Krise hineingerät, wird das nicht mehr möglich sein, sondern die jetzt beim Tabak beschäftigten Krüppel werden als die weniger leistungsfähigen Arbeiter massenhaft arbeitslos werden. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten seid Ihr an der Tabaksteuer interessiert. Deshalb kämpfen wir Tabakarbeiter nicht nur für uns, sondern auch für die allgemeinen Interessen, wenn wir uns gegen die drohende Gefahr zu wehren suchen.

Wir haben getan, was in unseren Kräften stand, wir haben den Reichstagsabgeordneten durch einwandfreies Material bewiesen, welches Unglück sie über die Tabakarbeiter heraufbeschwören würden, wenn sie irgend einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen werden; wir haben durch unsere Vertreter in den einzelnen Wahlkreisen die Abgeordneten persönlich aufsuchen lassen, wir haben zu allen unseren Protestversammlungen die Abgeordneten höflichst eingeladen. Was war das Resultat?

Gewiß — eine Reihe Abgeordneter und zwar sämtlicher Parteirichtungen, die aus eigener Kenntnis in ihren Wahlkreisen sich ein Urteil bilden konnten, haben erklärt, unter allen Umständen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks stimmen zu wollen — die meisten Abgeordneten aber antworteten ausweichend, sie erklärten, sich nicht binden zu können, ein Teil jedoch war keinen Argumenten zugänglich und meinte, der Tabak werde diesmal hüten müssen, ja, sie behaupteten sogar, daß sei die Stimmung in der gesamten Fraktion, der sie angehörten.

Die Situation ist für uns keine hoffnungsfreudige, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte.

Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechts,

und so gelobten sich die 35 Delegierten am Schluß des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzusetzen. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Dazu bedürfen wir Eurer Mitwirkung! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsere Organisationen abzuwehren. Des Standens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehören mögt, wir alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Nullis degradiert werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an Euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen: Unsere Interessen sind Eure Interessen!

Und hoffnungsfreudig, wie bei Beendigung des Tabakarbeiterkongresses, schalle der Schlachtruf der gesamten Arbeiterschaft durch alle Lande:

Durch Kampf zum Sieg!

Die Centralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Ueber das zeitgemäße Thema „Gewerkschafts-demokratie“

das durch die Vorgänge bei Beendigung des Streiks in den Streikwertern in Mannheim besonders aktuell geworden ist, verbreitet sich Genosse Edward Bernstein in sehr interessanter Weise im letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“. Eingangs erklärt Bernstein, daß die Demokratie jeder Arbeiterbewegung sozusagen im Blute liege, sie sei das wesentlichste ihrer Lebensorgane. Wo Arbeitervereinigungen ihre Angelegenheiten nicht demokratisch regeln, sei nur ein Zerbröckel möglich. Hier die Demokratie sei ein Prinzip und keine fertige Formel. Sie lasse verschiedene Anwendungen zu. Diese Anwendungen wechselten mit der Größe, den Lebensbedingungen und den Bewegungsumständen der in Frage kommenden Körperchaften. Eine 100 Personen und eine 1000 Personen umfassende Verbindung könnten nicht in der gleichen Weise ihre Angelegenheiten demokratisch regeln, die Demokratie verstreut wohnender Bauern sehe anders aus als die Demokratie der Bewohner ein und derselben Stadt, die Demokratie im Kriege anders als die kriegerische Demokratie. Das seien grobe, auf den ersten Blick sich offenbarende Unterschiede. Innerhalb der einzelnen Körperchaften oder Verbindungen aber gebe es wiederum eine Reihe feinerer Unterschiede oder Abänderungen in der Durchführung der Demokratie, die sich im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Größe und Umstände jener Körper einstellen. Zum Teil seien sie durch deren Zwecke und Lebensbedingungen vorgeschriebene Notwendigkeiten, zum Teil aber auch nur Auswüchse und Spielarten, bei deren Bildung Trägheit oder Regsamkeit, geistige und moralische Eigenschaften der Massen und Menschen als formbildende oder formzulassende Faktoren ihre Rolle spielen. Das im ersten Sinne Notwendige von dem Zufälligen oder Auswüchse zu trennen, sei als Praxis Aufgabe des demokratischen Politikers, wie die Unternehmung oder Ermittlung der Regeln dieses Verhältnisses dem Theoretiker der Demokratie auch anheimfalle. Bernstein exemplifiziert in seinem Artikel auf den Streik in den Streikwertern in Mannheim und auf den Kampf der Maschinenbauer in den Schiffswerften der Nordostküste Englands. Der erigeannte Kampf ist ja den Lesern hinreichend bekannt, so daß wir uns eine nochmalige Schilderung desselben ersparen können. Dagegen dürfte ein Eingehen auf den Maschinenbauerkampf größeres Interesse bezeugen.

Im November 1907 wurde von den Werkunternehmern der englischen Nordostküste den Arbeitern eine Lohnherabsetzung angekündigt. Die Stücklohnfälle sollten um 5 Proz. und die Zeitlöhne, je nach der Lohnhöhe, um 1—2 Schilling pro Woche herabgesetzt werden. Einige der beteiligten Gewerkschaften, die mit den Unternehmern Schlichtungsverträge haben, erlangten im Einigungsverfahren die Ermäßigung der Lohnherabsetzungen auf die Hälfte, und unmittelbar darauf einigen sich auch die übrigen Gewerkschaften, deren Mitglieder in Betracht kamen, auf diese Bedingungen, denen noch die bindende Zustimmung angehängt wurde, daß innerhalb sechs Monate nach Inkrafttreten der Reduktion keine weiteren Reduktionen stattfinden und etwaige spätere Lohnherabsetzungen zwei Monate vor Inkrafttreten angekündigt werden sollten. Nur drei Gewerkschaften, darunter der große Verband der Maschinenbauer, lehnten die Bedingungen ab, nachdem die Abstimmung unter ihren Mitgliedern im Distrikt 6140 Stimmen für Verwerfung und nur 1307 Stimmen für Annahme ergeben hatte. Am 20. Februar 1908 wurde der Streik begonnen, in kurzer Zeit stieg die Zahl der Ausständigen auf 7000, und noch einige Tausend Arbeiter wurden durch den Ausstand ohne oder wider den eigenen Willen arbeitslos. Da er noch weitere Arbeiterkategorien in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, griff der Handelsminister Lloyd George ein, neue Verhandlungen fanden statt und die Gewerkschaftsvertreter erwirkten von den Unternehmern das Zugeständnis, daß bis Ostern 1908 die alten Löhne fortbezahlt werden sollten, während die Frage, ob von da an die verkündete Lohnherabsetzung um einen Schilling pro Woche resp. 2 1/2 Proz. der Stücklöhne gerechtfertigt sei, einem zu wählenden Unparteiischen unterbreitet werden solle, dem jede der beiden Parteien die für ihre Auffassung sprechenden Gründe freizulegen hätte. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme dieses Kompromißvorschlages, doch wurde er in zwei Verbänden, darunter im großen Maschinenarbeiterverband, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Niemand hatte das erwartet, und da es schien, daß der Sinn des Kompromißvorschlages mißverstanden worden sei, erwirkte Lloyd George im Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern von den Unternehmern eine Verlängerung der Frist zum Zwecke der erneuten Abstimmung. Auf's neue empfahlen die Führer den Mitgliedern die Annahme des Kompromisses. George Barnes, der bewährte Generalsekretär des Maschinenbauerverbandes, bereitete den Distrikt und legte den Mitgliedern an den Hauptorten eindringlich die Gründe dar, die für die Annahme sprachen. Aber von guten Freunden

wurden die Arbeiter unter Verdächtigung ihrer Führer aufgeschreckt, nicht nachzugeben, ein Flugblatt ward verbreitet, das sie „zum äußersten Widerstande“ aufrief, und das Resultat war, daß der Kompromißvorschlag wieder abgelehnt wurde. Der Minister gab nun bis auf weiteres die Vermittlung als aussichtslos auf und der Streik spielte weiter.

Aber noch ein anderes geschah. George Barnes trat von seinem Posten als Generalsekretär des Maschinenbauerverbandes zurück. Niemand hatte ihn dazu aufgefordert, niemand es erwartet. Der Posten ist einer der besten in der ganzen englischen Gewerkschaftswelt. Ein Jahresgehalt von 6000 Mark und eine schöne Amtswohnung im Zentralgebäude der Gewerkschaft sind dem Sekretär ausgelegt, abgesehen von dem hohen moralischen Ansehen, das das Amt verleiht. Aus einer solchen Stellung zu scheiden, nachdem man sie seit elf Jahren innegehabt, ist keine Kleinigkeit, und auch Barnes ist der Schritt nicht leicht geworden.

Interessant ist, was er zur Begründung seines Schrittes sagte. In seiner Erklärung heißt es: „Zunächst erlaube ich mir die Meinung auszusprechen, daß die Arbeiter der Nordostküste bei ihrer Abstimmung nicht so sehr die Natur der ihnen unterbreiteten Vorschläge als Nebenfragen im Auge hatten, die in die Diskussion hineingetragen werden waren. Sie wurden von der Idee beherrscht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten, um eine ihnen oft vorbeikammierte sbrichte Medensart zu wiederholen. Ihr Urteil war durch Behauptungen beeinflusst, daß ich ans irgendwelchen, nicht näher angegebenen Gründen verleitet worden sei, mich auf die Seite der Unternehmer zu stellen, und so stimmten sie hauptsächlich in einer Laune von Woll, den man unter ihnen gezüchtet hatte. Tatsächlich war ihr Verhalten zugezogen worden und von Anfang bis zu Ende bei allen Verhandlungen am Plage. Eine größere Vertretung der Kräfte war gleich zu Anfang für unpraktisch befunden worden, die Gründe dafür sind damals anseinerdangeseigt worden, außerdem wurde, sobald sich die erste Gelegenheit bot, allen Komitees Bericht gegeben. Ferner wurden so früh als nur möglich die Vertrauensmänner der Arbeiter eingeladen und ihnen Aufklärung über alles gegeben, alles ist offen und soweit als möglich unter Mitwirkung von Ortsvertretern geschehen. Trotzdem wurden die Vorgänge den Mitgliedern im Distrikt in einer Atmosphäre von Mißtrauen und Verdächtigungen dargestellt, mit dem Resultat, daß die Mitgliedschaft der Nordostküste zu ihrem eigenen Schaden in ihre Tapsen geht. Das ist ein so absolut verkehrter Zustand der Dinge, daß ich es ablehne, dabei mitzutun. Die Gesamtmitgliedschaft zählt und die Gesamtmitgliedschaft soll daher, meine ich, auch die Tonart bestimmen. Jedenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden; ich halte mich ihr gegenüber für verantwortlich und lehne es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbandes mehr ins Gewicht fallen soll als der Gesamtverband. Für mich steht es fest, daß wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden triftigen Grund oder Anlaß geprüffert wird — und dies gilt für Beamte ebenso wie für Zentralinstanzen — die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird. Fern sei es von mir, Kritik zurückzuweisen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gerecht sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung behandelt werden. Sonst dürften die Unternehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es einem Teil des Verbandes gestattet sein darf, ohne Zügel und gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbandes zu ziehen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Stein und Wein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung der Zentralleitung des Verbandes Wirkungskraft zu geben.“

Der Streik ging nach einer Dauer von sieben Monaten verloren. Am 24. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen zu Bedingungen, die ungünstiger waren, als die von den Unternehmern im Februar offerierten. Die Kosten des absolut zwecklosen Streiks für die Organisationen belaufen sich auf über 2 Millionen Mark. Ueber 2 Millionen um ein Nichts verpulvert!

Mit Recht fordert Bernstein, daß den Führern im modernen Gewerkschaftskampf die letzte Entscheidung eingeräumt wird. Allerdings könnten auch die Führer sich über eine Situation täuschen, die Gefahr der unrichtigen Beurteilung einer Situation sei aber viel mehr gegeben, wenn die Entscheidung bei der Masse liege. Am in einer gegebenen kritischen Situation die richtige Entscheidung zu finden, dazu gehöre ein Ueberblick, den von den einzelnen aus der Masse stets nur wenige haben, während die Mehrheit momentanen Einrückten und Gefühlsregungen folgt. Ein begrenzter Körper von Beamten und Vertrauensleuten, die in geschlossener Sitzung beraten, wo sie der Einwirkung gefärbter Presseberichte enthoben sind, und wo jeder sprechen kann, ohne die Polporierung seiner Äußerung ins Lager des Gegners befürchten zu müssen, hat das Kollegium die Wahrscheinlichkeit eines objektiven Urteils für sich. Temperamentsunterschiede und sonstige Verschiedenheiten der Anlage gleichen sich hier aus, während das Verantwortlichkeitsgefühl sich nicht in dem Maße zersplittert, wie bei der Ueberweisung der Entscheidung an einen vieltausendköpfigen Körper.

Zum Schluß sagt Bernstein sehr richtig: „Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.“

Die Invalidenversicherung im Jahre 1907.

Dem Reichstag sind kürzlich die Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherungsanstalten zugegangen, die neben den 31 bestehenden Versicherungsanstalten die 10 auf Grund des N.-G. zugelassenen Krafteneinrichtungen umfassen. Die Zahlen sind um so mehr wert, etwas näher betrachtet zu werden, als von weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die in den letzten Jahren gelübte Praxis der Rentenentziehungen lebhaftes Protest erhoben wurden.

und der Reichstag schon mehrfach, zuletzt im März vorigen Jahres, Veranlassung nehmen mußte, die Geschäftsbearbeitung der Versicherungsanstalten einer Kritik zu unterziehen.

Die Invalidenversicherung ist am 1. Januar 1891 als Alters- und Invaliditätsversicherung ins Leben getreten. Schon bei der Beratung des Gesetzes wetteten die großindustriellen Kreise gegen die Höhe der festgesetzten Renten und boten alles auf, eine Erlangung der Renten zu erschweren. Herr Müller, der spätere Minister, erklärte damals: „Die größte Gefahr sei in dem Anreiz zu erblicken, die Arbeitskräfte weniger auszunutzen, stille zu sitzen, während noch gearbeitet werden könnte und sollte. Jedes Moment, durch das die Arbeitswilligkeit vermindert werde, und das geschähe nur durch die hohen Renten, sei viel schlimmer als die Höhe der Beiträge.“

Willige Ohren für ihre Wünsche fanden die Großindustriellen in dieser Hinsicht damals nicht; der Reichstag erhöhte sogar die „hohen Rentenätze“, über die sich Herr Müller so entrüstet hatte, in vier Lohnklassen auf 114 bis 140 M im Minimum für Invalidenrente und auf 106 bis 191 M für Altersrente.

Schon bei der Beratung des Gesetzes wiesen namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten auf seine vielen Mängel und Schwächen hin und bald mußte denn auch in einem Punkte eine Revision erfolgen. Die Krankenversicherung endete in der Regel mit der 13. Woche, die Invalidenversicherung begann aber erst mit der 53. Woche. Dies führte zur Ausdehnung der Krankenversicherung bis zur 26. Woche und zur Vorlage einer Invalidenversicherungsnovelle (1897), wonach die Invalidenversicherung schon nach der 26. Woche einsetzen sollte. Diese Novelle trat am 13. Juli 1899 in Kraft.

Betrachten wir uns nun die Wirksamkeit der Invalidenversicherung nach den neuesten vorliegenden Ergebnissen.

Table with 7 columns: Jahr, Kran-ten, Inva-liden, Alters-, zu-sammen, Kran-ten, Inva-liden, Alters-. Rows from 1891 to 1907 showing numbers and average amounts.

Danach ist im Jahre 1907 zum erstenmal wieder eine Steigerung der Invalidenrenten eingetreten, nachdem vom Jahre 1903 an auf eine sehr wenig aerechtfertigte Verminderung der Renten hingewirkt worden war. Zweifelnd wagen wir zum Ausdruck zu bringen, daß anscheinend die Sucht der Versicherungsanstalten, gänzlich gerechtfertigte Rentenansprüche abzuweisen, aufgehört hat. Die Rentenzahlungen und Ablehnungen von Rentenansprüchen erfolgten bekanntlich auf direkte Veranlassung der Regierung, die befristete, daß die Finanzen der Versicherungsanstalten mit der Steigerung der Rentenlasten nicht mehr im Einklang stehen könnten. Von einer Erhöhung der Beiträge wollte man nichts wissen und noch viel weniger von einer Erhöhung des Reichszuschusses, obwohl den Millionen, die jährlich dem Militarismus, Marinismus, der Welt- und Kolonialpolitik in den Taschen geworfen werden, leicht einige Millionen für diesen Zweck abgeknöpft werden könnten. Eine Belastung der Gesamtheit zugunsten von einigen tausend Invalidenrentnern bietet keinen Anlaß zu Bedenken, die Entlastung der Gesamtheit zumunsten von arbeitsunfähigen, invaliden Personen dagegen ist direkt gemeindefähig. Dabei sind die Bedenken der Regierung vollständig unnötig, denn der Zeitpunkt, an dem die Ausgaben die Einnahmen der Versicherungsanstalten übersteigen, ist noch nicht einmal voranzusehen. Im Gegenteil, die finanzielle Entwicklung der Versicherungsanstalten bewegt sich in fortwährend aufsteigender Linie. Betrachten wir uns einmal die Ergebnisse der letzten Jahre. Es betragen die Gesamteinnahmen im Jahre 1906: 214 583 183 Mark, im Jahre 1907: 226 171 349 Mark; die Ausgaben für

Table comparing 1906 and 1907 for Renten, Beitragsrückstellungen, Invalidenhauspflege, Unvorordnt. Leistungen, Heilverfahren, Verwaltung, Gesamtausgaben.

Der Vermögenszuwachs betrug im Jahre 1906: 80 985 431 M, im Jahre 1907: 85 542 018 M. Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kassenanstalten auf 1 404 067 649,77 M (eine Milliarde vierhundertvier Millionen siebenundsechzigtausend sechsundneunundvierzig Mark 77 Pfennig), wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5,7 Mill. Mark kommt. Von je 1000 M Vermögen waren 15 M in Kassenbestand vorhanden, während 986 M in Wertpapieren und Darlehen und 49 M in Grundstücken angelegt waren.

Fast 1 1/2 Milliarden sind also hier für eine ferne Zukunft aufgeschoben, und da werden arme Arbeiter, bei denen es streitig erscheint, ob sie nicht vielleicht doch noch mehr als ein Drittel ihrer früheren Erwerbsfähigkeit behalten haben, mit ihren berechtigten Rentenansprüchen abgewiesen. Etwas Widerwärtigeres als dieses System unserer Staatsbureaucratie läßt sich kaum denken. Die Zahl der Beitragsrückstellungen bei Heirat hat — wohl eine Folge der bezüglichen Warnungen in der Presse und durch die Behörden — im Jahre 1907 eine Abnahme erfahren, es wurden 152 478 Fälle von Beitragsrückstellungen bei Heirat gebucht gegen 153 224 im Jahre 1906.

Wegen Unfalls wurden 616 (1906: 710), wegen Todes 35 463 (32 827) Beitragsrückstellungen geleistet. Der Gesamtbetrag dieser Rückzahlungen beläuft sich auf 8 854 636,42 M. Für das Heilverfahren wurden im Berichtsjahr 15 186 236 Mark angewendet, also erheblich mehr als 1906, was im Interesse der Verletzten freudig begrüßt werden muß. Auch der Invalidenhauspflege wenden die Versicherungsanstalten erhöhte Aufmerksamkeit zu; wir empfinden es jedoch als eine Härte, wenn den Pflegeleuten die Renten einbehalten werden.

Die guten Wirkungen des Invalidengesetzes werden von den Arbeitern voll anerkannt, jedoch wissen sie die oft geradezu kleinlich zu nennenden Maßnahmen der Versicherungsanstalten absolut nicht zu würdigen. Eine großzügigere Behandlung ihrer Ausgaben würde den Versicherungssträgern auch mehr Vertrauen der Versicherten bringen, was bei der jetzigen Geschäftsführung ausgeschlossen ist.

Eine Lohnstatistik der deutschen Arbeiterschaft.

Zuverlässige und umfassende Lohnstatistiken sind noch etwas Seltenes. Man ist daher genötigt, um solche zu erlangen, sich nach Hilfsmitteln umzusehen, die ursprünglich nicht zu diesem Zwecke bestimmt sind. Solche Hilfsmittel bieten in reichem Maße die Ergebnisse der Arbeiterversicherung. Sowohl die Geschäftsergebnisse der Unfall-Versicherungsgenossenschaften als der Krankenkassen und schließlich auch der Invaliden-Versicherungsanstalten sind schon zu solchen Lohnstatistischen Arbeiten herangezogen worden.

Nach § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes werden die Versicherten nach der Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes fünf verschiedenen Lohnklassen zugeteilt. Wenn auch bei der Zuteilung kleinere Abweichungen zu beachten sind (richtig ist dieselbe doch zunächst nach der Zugehörigkeit der Versicherten zu den Lohnklassen der Krankenversicherung), so läßt doch die Anzahl der in den einzelnen Lohnklassen verwendeten Beitragsmarken einen wenigstens annähernd richtigen Schluß auf die Einkommensverhältnisse der Versicherten zu. Das Ergebnis derartiger Feststellungen ist um so interessanter, als gerade bei der Invalidenversicherung die Versicherungs-pflicht auf alle über 16 Jahre alten gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen ohne Unterschied des Berufs sich erstreckt.

Nimmt man die dem Reichstage vorgelegten Nachweisungen der Versicherungsanstalten und ähnlichen angefallenen Statischeinrichtungen zur Hand und nimmt man an, daß jeder Versicherte durchschnittlich jährlich 50 Wochenbeiträge entrichtet hat, so ergibt sich folgendes Bild über die Besetzung der einzelnen Lohnklassen:

Table showing number of insured persons by class (I-V) and year (1903-1907).

Zunächst zeigt die Statistik, daß nur ein ganz beschränkter Teil — im Jahre 1907 waren es 20 Proz. — der Versicherten ein Einkommen von über 1150 M im Jahre hat. Es sind dies vorzugsweise die in der Statistik mit einbegrienen Werkmeister, Privatangestellten und sonstige in „gehobener“ Lebensstellung befindliche Personen. Der größte Teil und zwar rund 50 Proz. der Versicherten befindet sich in der 2. und 3. Klasse, hat also ein Einkommen von ca. 400 bis 800 M. Die Zusammenstellung zeigt aber auch eine unlegbare Verschiebung der Versicherten von den unteren nach den oberen Klassen. Soweit das nicht auf die durch Anstellung zahlreicher Kontrollbeamten immer gewissenhafter werdende Durchführung der Versicherung zurückzuführen ist, ist die Verschiebung eine Folge der gestiegenen Arbeiterlöhne. Daß diese Lohnaufbesserungen durch die inzwischen noch mehr gestiegenen Preise der Lebensmittel usw. überholt worden sind, sei nur nebenbei erwähnt.

Der verhältnismäßige Umfang der Besetzung der einzelnen Lohnklassen ist natürlich in den einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches ein sehr verschiedener. Das veranschaulicht folgende Zusammenstellung nach den Ergebnissen des Jahres 1907:

Table showing insured persons by class (I-V) for Berlin, Westfalen, Ostpreußen, Posen, and Danzig.

Die Tabelle zeigt ganz gewaltige Verschiedenheiten. Während z. B. in Berlin nur 2 Proz. der Versicherten der niedrigsten Klasse mit 350 und weniger Mark Jahresverdienst angehören, sind es in Ostpreußen 42 Proz. Dagegen gehören in Berlin 39 Proz. der höchsten Klasse an, in Ostpreußen aber nur 5 Proz. Besser als durch diese Gegenüberstellung können die Hungerlöhne, welche die Agrarier bezahlten, nicht veranschaulicht werden. Da sich bekanntlich die Renten, welche die Invaliden erhalten, nach der Klasse richten, in welcher die Beiträge entrichtet worden sind, so erhalten demnach die landwirtschaftlichen Arbeiter auch die niedrigsten Renten.

Wegen die Wichtigkeit der Statistik könnte nur das eingewendet werden, daß die Zuteilung der Versicherten zu den einzelnen Klassen keine genügende Sicherheit für die Berechnung abgibt. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine solche Einwendung auf die Unternehmer zurückzufallen, die dann bei der Beitragsentrichtung nicht die nötige Genauigkeit hätten obwalten lassen.

Stimmen zur Generalversammlung.

Die Anträge zur Statutenänderung sind so umfangreich und weitgehend, daß ein Unparteiischer denken muß, unser Statut ist ganz minderwertig. Die Antragsteller haben nicht in Erwägung gezogen, daß bei Annahme einer

Erwerbslosenunterstützung das Statut geändert werden muß. Bei den Beitragsanträgen geht der Wunsch der Antragsteller meistens dahin, die Kollegen während der Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit vom Beitrag zu befreien. Bei Einführung der Erwerbslosenunterstützung wären diese Anträge hinfällig. Sollte diese Frage nicht gelöst werden, so wäre es sehr angebracht, wenigstens während der Arbeitslosigkeit das Mitglied vom Beitrage zu entheben. Der Schlußsatz vom Antrag 42 ist zu weitgehend und sollte in einer Organisation keine Ausnahme finden; die kapitalistische Gesellschaft braucht derartige Maßnahmen. Bei dem Antrage 70 ist der Sinn so dehnbar, daß dadurch der Demagogie Tür und Tor geöffnet wird.

Zum Punkt „Generalversammlung“ sind 20 Anträge eingegangen. Antrag 90 verlangt die Abschaffung der Generalversammlung. Durch einzelne Debatten im „V.-M.“ können grundsätzliche Ideen nicht verwirklicht werden, dadurch würde erst recht der Bureaucratismus die Oberhand gewinnen. Die Anträge 92, 93, 94 und 102 wünschen die Diätenfrage geregelt zu sehen; dazu möchte ich bemerken, daß es richtig wäre, die Tagegelder der besoldeten Kollegen niedriger zu bemessen, als die der anderen Delegierten. Eine Abstimmung darüber vorzunehmen, wie es der Antrag 93 verlangt, würde sich erübrigen. Erstaunt war ich über den Antrag 96, der verlangt, daß nur gebundene Mandate zulässig sein sollen. Der Antragsteller hat wohl vergessen, daß die Kollegen, die wir gewählt haben, unsere Vertrauensleute sind. Man kann doch einem frei denkenden Kollegen nicht zumuten, als „bevormundetes“ Mitglied zur Generalversammlung zu gehen. Jedes freie Wort führt eher zur Erkennung von Mißständen; wozin würden wir gelangen, wenn jeder Delegierte sein gebundenes Wort hätte? Die Anträge 103, 104, 105 und 106 behandeln die Frage, ob Bezirksleiter wählbar, ob sie Stimrecht oder nur beratende Stimme haben sollen. Den Vorstandsmitgliedern und Bezirksleitern nur beratende Stimme zu erteilen, halte ich bloß bei besonderen Fragen, so z. B. bei Besetzung, Diätenfrage, bei direkten und indirekten Angelegenheiten, die diese Körperschaften betreffen, für angebracht. In allen anderen Fragen muß volles Stimrecht gewährt werden; diese Kollegen sind doch nicht zweifelhafte Mitglieder.

Die Anträge zum „Vereins-Anzeiger“ sind meistens technischer Natur und könnten berücksichtigt werden. Bei den Anträgen zur Streifenunterstützung sind die Wünsche so verschiedenartig, daß ich es mir versagen muß, näher darauf einzugehen. Maßregelungsanträge sind 8 eingegangen. Von diesen verlangt der Antrag 144, daß diejenigen Kollegen, die gezwungen sind, den Ort zu verlassen, volle Unzugskosten in den Grenzen des Deutschen Reiches erhalten. Diese Fassung ist zu unbestimmt; w a n u ist erwiesen, daß der Kollege g e z w u n g e n ist, wegzugehen? Der zweite Abatz bestimmt, wenn dem Mitgliede ein näherer Ort zugewiesen wird, darf es denselben nicht abweisen. Wenn der Lohn (tariflich) in dem zugewiesenen Orte niedriger ist als in seinem früheren Wohnsitz, so bezahlt wohl die Filiale die Differenz.

Maßregelung und Agitation stehen im engen, kausalem Zusammenhange zueinander. Durch das Bestreben der Mitglieder, die tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten oder zu verbessern, entstehen Konflikte im Arbeitsverhältnis. Beide Parteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, wollen sich, je nach ihrer Art, ihre Vorteile sichern. Es ist daher erklärlich, daß wir versuchen müssen, Mittel und Wege zu finden, die schädigenden Wirkungen der Konflikte abzumildern. Der Verband verlangt von seinen Mitgliedern, die gegebenen Statuten zu beachten und sich danach zu richten; deshalb hat der Verband auch die Pflicht, seine Mitglieder zu schützen. Die jetzigen Bestimmungen zur Maßregelungsunterstützung sind nicht weitgehend genug, und der Antrag 153 trägt diesem Umstande Rechnung. Durch die Annahme dieses Antrages würde eine Norm festgelegt und der Resolution 234 stattgegeben. Natürlich müßten die Bezirksleiter resp. Filialleiter dafür sorgen, daß Maßregelungen oder Berufsveränderungen einzelner Kollegen den Filialvorständen zur Erwägung unterbreitet würden, und zwar auch dann, wenn das Mitglied keine Unterstützung gefordert hat. Ueberhaupt müßten die Filialleiter verpflichtet sein, jeden ihnen von dritten Personen angezeigten Fall unverzüglich dem Betroffenen mitzuteilen, damit dieser Stellung dazu nehmen kann.

Die Anträge zur Heisenunterstützung würden sich bei Einführung der Erwerbslosenunterstützung erledigen, ebenso die Anträge zum Krankengeldzuschuß. Der Antrag 195, Reichsschutz betreffend, will diesen nur gewähren, wenn bei Akkordarbeiten ein schriftlicher Vertrag vorliegt. Hier ist zu bemerken, einem schriftlichen Vertrage gleich zu achten ist ein mündlicher, wenn bei der Vertragsschließung mehrere Zeugen zugegen sind. Zur Kubitz Sterbegeld sind 7 Anträge eingegangen; darunter ist Antrag 202 beachtenswert. Dieser wünscht Sterbegeld für die Frau des Mitgliedes und außerdem noch für unerheiratete Kollegen. Besterer Zusatzantrag ist berechtigt, der ledige Kollege hat dieselben Pflichten, deshalb muß er auch dieselben Rechte haben.

Bei den besonderen Anträgen wünschen Antrag 206 und 207, daß der Vorstand beauftragt wird, ein Jahrbuch herauszugeben; dieser Antrag würde keine positiven Vorteile bringen, da wir ohnedies vierteljährliche Abrechnungen erhalten. Der Antrag 209 wünscht die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ladierer in sämtlichen Vertrieben statistisch festzustellen. Dieser Antrag ist sehr berechtigt, er würde dem Verbandsausgabiges Material über die Mißstände in dieser Berufsart bringen.

Aus allen eingebrachten Anträgen geht das Bestreben hervor, etwas Ganzes, den Verband Stärkendes zu schaffen. Mögen unsere Kollegen zu Köln in diesem Jahre dafür sorgen, den Wünschen der Antragsteller in genügendem Maße gerecht zu werden.

Wrestau.

G. M r t.

Nicht mehr lange wird es dauern, und die große Spannung der Kollegen wird ein Ende haben. Denn lebhafter wie zuvor wird in den Versammlungen diskutiert zur Generalversammlung.

Nun noch ein Wort zur Arbeitslosenunterstützung. Kein Kollege steht wohl dieser Unterstützung pessimistisch gegenüber. Es waren im V.-M. von mehreren Kollegen Berechnungen aufgestellt worden, die auch für gut erachtet werden sollten. Hierbei ist nur notwendig, daß man sich mit der Frage beschäftigt, ob unsere Kollegen für eine derartige Beitragserhöhung auch zu haben sind. Ferner halte ich es für gut, daß man erst mit einer Vorlage sich

einig wird und sicher zu Werke geht, denn man weiß heute noch nicht, wie die Zukunft für uns aussieht. Bedauerlich ist es, daß man seinerzeit nicht den Vorschlag des Hauptvorstandes annahm. Man könnte ihn heute erweitern, aber geschimpft und dran rumgenörgelt wurde statt dessen. Wenn man es ehrlich meint, so muß man eingestehen, ohne jemandem beleidigen zu wollen, daß von unseren Kollegen viel verlangt wird. Aber es gehört auch Kapital dazu, ein derartiges Unterstützungssystem einführen zu können. Und gerade das ist es, was hierbei nicht näher untersucht wird, sondern man verlangt nur. Wie wird es aussehen, wenn man noch ein höherer Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung entrichtet werden soll? Man weiß heute doch, wie schwer es ist, daß mancher Kollege seinen Verpflichtungen nachkommt.

Alles dieses gibt einem Veranlassung zu Überlegungen, die vielleicht von manchen Kollegen nicht für richtig gehalten werden, aber auf Tatsachen zurückzuführen sind. Man kann heute bei Einführung einer Arbeitslosenunterstützung doch nicht behaupten, einen Zuwachs verzeichnen zu können. Denn auch hier in unseren Ostprovinzen ist noch viel Arbeit zu leisten; man darf unsere Provinzen nicht mit anderen betreffs der Organisation vergleichen.

Zu meinen Ausführungen in Nr. 1 des „V.-M.“ haben mehrere Kollegen Stellung genommen. Nun bin ich der festen Überzeugung heute, daß die Hamburger Kollegen auch mit der großen Masse zum Wohle aller gehen werden wie bisher. Wo findet man heute keinen Egoismus. In Hamburg allein sicherlich nicht. Man soll sich nicht auf einzelne Ortsgruppen beziehen, wie es in beiden Berichten der Fall zu sein scheint. Der Kollege W. S., Stuttgart, befindet sich auf Irrwegen. Ich habe es nicht aus dem Sterben unserer Kollegen abgesehen, denn viele unserer Kollegen hatten es, was auch mehrere Anträge besagen, für notwendig, daß auch der unverheiratete Kollege in der Sterbenunterstützung bedacht wird, denn er hat doch dieselben Pflichten, wie der verheiratete. Ja, mag er denken! Ich erinnere hier an einen Potsdamer unverheirateten Kollegen, der in der Fremde seinen Leiden erlag. Wenn Kollege W. S. schreibt, dem unverheirateten Kollegen ginge es im Winter durch die Reiseunterstützung auf der Landstraße besser wie den verheirateten, so kann ich das Urteil den Kollegen überlassen. Allerdings muß man Erfahrung gesammelt haben, eine weitere Strecke bereist haben als wie von Nixdorf nach Berlin. Ebenfalls ist es tief traurig, wenn ein kranker Kollege sich von klugen Leuten zum Simulanten stampeln lassen muß. Denn ein jeder Kollege wird froh sein, wenn er auf den Genuss solcher Unterstützungen verzichten kann. Es ist nicht so, daß, wenn ein Kollege keine Arbeit hat, er hinget und sich krank meldet. Ist der Sommer vorbei, dann ist mancher Kollege so weit, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß. Wenn man bei einer Arbeitslosenunterstützung auf andere Organisationen hinweist, so soll man es nicht oberflächlich tun, sondern man muß sagen, daß dort wohl auch eine andere Stimmung vorhanden ist und nicht so viel montiert wird zur Beitragserhöhung als wie unter vielen unserer Kollegen.

Hofft, Köstin.

Lohnbewegung.

Ueber die Firma M. A. C. Lez. - Düsseldorf, die in Kiel auf der Kaiserlichen Werft Anstreicherarbeiten ausführt, ist wegen Nichtzahlung des Lohnzins die Sperre verhängt.

Aus unserem Berufe.

* Submissionsliste. In Kiel wurden kürzlich bei der Vergabe der Malerarbeiten für die Kasernen-Neubauten 42 Angebote eingereicht. Die Arbeiten sollten in 2 Losen vergeben werden und zeitigten folgendes Resultat: Los 1, Höchstfordernder: Kruse 7019,17 M., Niedrigstfordernder: Hamann 3109.— M.; Differenz 3936,17 M. Los 2, Höchstfordernder: Kruse 5160.— M., Niedrigstfordernder: Lembrecht 2469.— M.; Differenz 2691.— M. Die Stadt Kiel, erzieht über solche billige Angebote, hat natürlich den beiden Niedrigstfordernden die Arbeiten zuerteilt. Nach diesen Preisunterschieden könnte man ja annehmen, daß die Arbeitgeber riesige Summen verdienen müßten und gewiß keine Ursache hätten, auf die hohen Löhne der Gehilfen zu kämpfen, wenn man nicht wüßte, wie mitunter solche Arbeiten zusammengeschuftet werden. Wenn in Kiel auch die Akkordarbeit verboten ist, so muß aber doch das Menschennützlichste geleistet werden und dies ist mitunter noch schlimmer als Akkordarbeit.

Das deutsche Kleinwerkstatt, das von dem Verein der deutschen Bleifarbenfabrikanten am 1. Oktober 1908 aufgestellt worden war, ist vor der im Januar d. J. in Berlin abgehaltenen Jahresversammlung dieses Vereines wieder erneuert worden. Für den Fall des Auftretens neuer Konkurrenz sind aber wesentlich leichtere Bedingungen für eine sofortige Auflösung des Verbandes vereinbart worden. Außerdem hat der Verein noch nachstehende Resolution gefaßt:

1. Für die Erhaltung der lebensfähigen Betriebskrankenkassen mit allen Mitteln einzutreten, weil gerade für die Bleifarbenindustrie mit Rücksicht auf die für ihre Betriebe geltenden gesundheitlichen Anordnungen der Bundesratsvorschriften die Betriebskrankenkassen viel wirksamer und zuverlässiger die Interessen ihrer einzelnen Mitglieder sowohl wie des Ganzen schützen können, als dies bei großen Ortsverbänden der Fall ist.
2. Eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Ärzte zu den Krankenkassen muß dringender verlangt werden, um durch besondere gesetzliche Bestimmungen die Möglichkeit des Arztstreits mit seinen sowohl das Ansehen der Ärzte, wie die Wirksamkeit der Krankenkassen schwer schädigenden Begleiterscheinungen in Zukunft auszuschließen.
3. Eine mildere und wirksameren Verhältnisse besser entsprechende Handhabung der Bundesratsverordnungen für die Verwendung von Bleifarben ist herbeizuführen, um eine unnötige Schädigung dieser sehr darniederliegenden Industrie zu vermeiden. Nachdem im Jahre 1907 nur etwa 12 Prozent der Malerwerkstätten von den Gewerbesteuern befreit worden sind, würde eine „noch mildere Handhabung der Bundesratsverordnung“ gleichbedeutend sein mit der

vollständigen Aufhebung der Schutzvorschriften, die schon so wie so zu einem hinreichenden Schutz für Leben und Gesundheit der im Malergewerbe tätigen Personen gänzlich ungenügend sind. Den wirklichen Verhältnissen kann nur die Durchführung einer scharfen Kontrolle in allen Betrieben einigermaßen entsprechen, bis ein Verbot der Verwendung von Bleifarben erlassen ist.

Christliche Gewerkschaftspraktiken.

In Frankfurt a. M. hat sich kurz vor Weihnachten ein Ausschuss privater Natur aus Vertretern des sozialen Museums und anderer Korporationen gebildet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die durch die Krise arbeitslos Gewordenen durch eine Unterstützung von 6 M für Verheiratete und 4,50 M für Ledige pro Woche gegen die größte Not zu schützen. Auch das Gewerkschaftsamt ist in diesem Ausschuss durch einige Mitglieder vertreten. Es soll in einem späteren Artikel des näheren über diese Aktion berichtet werden.

Die „Christen“ benutzten nun diesen Anlaß, um im Erösen zu stehen. Bei Beginn der Notstandsaktion gingen sie in der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle ein Plakat aus, mit der Aufforderung, daß sich alle Arbeitslosen auf dem christlichen Gewerkschaftsamt melden sollten zwecks Empfangnahme der Arbeitslosenunterstützung. Als ihnen dann das Handwerk gelegt wurde und die Anorganisierten an den städtischen Arbeitsnachweis zwecks Kontrolle verwiesen wurden, beriefen die „Christen“ eine Versammlung ein, in der der Gauleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes den christlichen Arbeitslosen vorpiegelte, sie müßten, da sie sich von nun an durch das Betreiben der Freien auf der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle zu melben hätten, sich erneut wieder einer Karenzzeit von acht Tagen unterziehen, dem könnten sie aber entgehen, wenn sie sich bei ihnen als Mitglieder aufnehmen ließen.

Es nimmt nun nicht wunder, daß auch der Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Maler und verw. Berufe, der solwie nicht an Ueberfluß von Mitgliedern leidet, die Zeit für gekommen hält, um die agitatorische Werbestärke seines Verbandes zu zeigen. Wirklich hat man auch schon einige Kollegen aufgenommen und eitel Freude herrscht darüber im christlichen Lager. Es ist nur dumm, daß die Neuaufgenommenen das Beitragszahlen als recht überflüssige Pflicht betrachten.

Bis Oktober 1907 bestand in Frankfurt a. M. ein Sekretariat des Zentralverbandes christlicher Maler usw. für Süddeutschland. Der Sekretär wurde ganz plötzlich als „christlicher Arbeitersekretär“ nach Offenbach a. M. Wie sich nachträglich herausstellte, sind die Gründe seines Gehens darin zu suchen, daß seine Zentralleitung mit seiner Haltung gegenüber den Unternehmern und unserem Verbande nicht einverstanden war. Gegen die Unternehmervereine soll er zu schroff und gegen unsere Gewerkschaft zu wenig die „christlichen Grundzüge“ vertreten haben. Wenn man allerdings die Haltung der „Christen“ bei der vorjährigen Tarifbewegung und auch jetzt noch ihre ganze Taktik betrachtet, wird einem auch da so manches verständlich. So sieht der jetzige Bezirksleiter des christlichen Verbandes in Frankfurt a. M. den Vertrag nicht einseitig — und was nebenbei bemerkt sein soll, auf unsere Beschwerde an seinen Landesvorstand die Mitteilung machte, die im freien Verband Organisierten erhielten ja den Stundenlohn und die anderen Leute seien zufrieden — da machte dieser christliche Bezirksleiter unsern Verband dafür verantwortlich, während er selbst bei denselben Meister Leute anbot und auch vermittelte. Ähnlich liegen die Dinge in Gomburg v. d. S. Dort, wo Differenzen bezüglich der Festlegung der Gegenleistung entstanden und die Unternehmer diesen Anlaß benutzten, um sich von der vertraulich festgelegten Erhöhung des Stundenlohnes um 1,5 pro Stunde ab 1. Januar 1909 zu drücken, beschloßen die Christen, ihren Bezirksleiter bei den Meistern vorstellig werden zu lassen, um auf diesem Wege vielleicht den Besen zu bekommen, anstatt die im Vertrag festgesetzten Instanzen (Schlichtungskommission) und Gantarifamt) anzurufen, um das ihnen Zustehende zu fordern.

Sagt man das Vorstehende zusammen, so bleibt der Eindruck haften, daß, trotzdem die christlichen Gewerkschaften die „Gelbes“ abgelehnt haben und jede Interessengemeinschaft mit denselben leugnen, der Unterschied zwischen beiden nur ein ganz geringer ist und schließlich bald ganz verschwinden wird.

Bericht des 3. Bezirks.

Die diesmalige Berichtsperiode erstreckt sich über eine Zeit, die wiederholt auch im „Vereins-Anzeiger“ in gemüßter Weise gekennzeichnet wurde, so daß es eines besonderen Hinweises auf die wirtschaftliche Konjunktur als solche sicher nicht bedarf.

Mit dem 1. Januar 1908 wurden auf Beschluß der letzten Generalversammlung die Filialen Braunschweig, Celle, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Meiningen und Weine dem 3. Bezirk angegliedert; die Filiale Tübingen wurde aufgelöst; die Filialen Bergedorf und Harburg haben sich der Filiale Hamburg als Zahlstelle angeschlossen, desgleichen die Filialen Meiningen und Weine der Filiale Hannover. In Sondersburg, wo bisher eine Zahlstelle zugehörig zu Jena bestand, wurde eine selbstständige Filiale errichtet. Es gehören somit zum Bezirk 22 Filialen, denen wiederum 60 Zahlstellen angeschlossen sind.

Die Aufnahmen von Mitgliedern betragen für das Jahr 1907 2668 und für das Jahr 1908 2939, insgesamt 5602, die auf die einzelnen Quartale wie folgt entfallen:

	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	In Summa
1907	791	1051	529	297	2668
1908	793	1270	602	274	2939

Es betrug die Mitgliederzahl nach Beiträgen berechnet für die einzelnen Quartale:

	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Jahresdurchschn.
1906	4886	5789	5990	5152	5454
1907	5886	6922	6019	5054	5990
1908	7822	8183	7296	6295	7298

Eine genaue Uebersicht über die Mitgliederentwicklung in den einzelnen Filialen und Quartalen für das Jahr 1908 ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

Filiale	Durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1907	Zahl der Aufnahmen	Mitglieder nach Beiträgen berechnet				Durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1908
			1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.	
Braunschweig	—	148	361	358	351	348	356
Bremen	972	303	888	1064	880	803	913
Bremerhaven	184	119	247	182	147	176	189
Celle	—	31	40	37	55	70	51
Cuxhaven	23	40	41	41	29	24	34
Emden	51	50	38	58	63	35	49
Flensburg	60	29	63	62	69	37	58
Göttingen	—	45	152	79	106	87	107
Hamburg	3219	1036	3008	3629	3032	2514	3057
Hannover	—	424	892	850	932	814	876
Hildesheim	—	43	107	103	104	84	101
Kiel	711	234	748	803	717	606	721
Lübeck	145	82	180	210	148	150	160
Lüneburg	42	31	41	59	44	31	44
Meiningen	50	26	39	45	51	53	48
Meiningen	88	59	100	119	110	84	104
Rostock	121	74	148	139	128	128	136
Schleswig	24	17	26	18	45	22	28
Schwerin	71	24	50	72	79	85	72
Sondersburg	28	22	29	37	33	20	30
Wilhelmshaven	169	81	121	168	140	94	131
Wismar	28	15	31	26	25	20	26
Wienburg	—	6	14	15†	—	—	—
Tübingen	4*	—	—	—	—	—	—
Summa	5990	2939	7322	8183	7296	6295	7298

* Aufgelöst. † Zu Hannover.

Die Filialen, die bis zum 1. Januar 1908 dem 9. Agitationsbezirk angehörten, zählten im Jahre 1906 1222 Mitglieder und im Jahre 1907 1444 Mitglieder. Somit ist für den bisherigen 3. Bezirk 1907 eine Mitgliederzunahme von 524 oder 9,60 Proz. zu verzeichnen und 1908 ist für den erweiterten Bezirk ein Mitgliederrückgang von 136 gleich 1,82 Proz. eingetreten. Gegenüber dem Bestande vom Jahre 1906 haben wir insgesamt eine Mitgliederzunahme von 622 oder 9,32 Proz. zu verzeichnen.

Daß unter den eingetretenen Verhältnissen es möglich war, die in den letzten Jahren erreichte Mitgliederzahl zu erhalten und um 9,32 Proz. zu überschreiten, ist immerhin zufriedenstellend. Wenn der Verlust für das Jahr 1908 von 1,82 Prozent zu besonderen Bedenken auch keinen Anlaß gibt, so ist er immerhin bedauerlich, weil auch dieser sich hätte vermeiden lassen. Wohl ist in erster Linie die Ursache auf die schlechten Erwerbsverhältnisse zurückzuführen, aber wir wollen uns nicht den Tatsachen verschließen, daß gerade in der letzten Zeit in einigen Filialen Mangel und auch Gleichgültigkeit Platz gegriffen haben. Der Mitgliederrückgang ist ganz besonders auf das Konto des 4. Quartals 1908 wegen der mangelhaften Beitragszahlung zurückzuführen, wohl mag dieses zum Teil etwas beeinflusst sein dadurch, daß die Filialen genötigt waren, bereits vor Weihnachten die Abrechnungen aufzustellen. Während wir am Jahreschluss 1908 nach 6681 eingetragene Mitglieder zählten, betrug die Mitgliederzahl nach Beiträgen berechnet nur 6295. Nach einer Aufstellung waren von den 6681 Mitgliedern 62 Prozent laut Statut Mitglied, während 25 Prozent über die Wochen und 13 Proz. über 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande waren.

Wollen wir einen etwaigen weiteren Rückgang vermeiden und diesen Verlust wieder wettmachen, so muß eine rege Agitation nunmehr einsetzen und besonders Wert darauf gelegt werden, daß diejenigen Mitglieder, die nunmehr mit ihren Beiträgen im Rückstand geraten sind, für die Organisation erhalten bleiben und man sich nicht etwa damit begnügt, daß die Kollegen sich wieder neu aufnehmen lassen, denn in solchen Fällen besteht die Gefahr, daß sie in recht kurzer Zeit für die Organisation wiederum verloren gehen, weil sie keinerlei Anrechte besitzen. Wie guttrockend dieses ist, geht aus der Tatsache hervor, daß von den 2939 Kollegen, die im Jahre 1908 aufgenommen wurden, allein 46,73 Prozent wiederum wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten und 26,92 Prozent von diesen haben wiederum ihren Austritt erklärt. Somit ist von dieser großen Zahl von Aufnahmen nur ein Viertel für die Organisation erhalten geblieben. Hieraus muß die Schlussfolgerung gezogen werden, daß bei einem großen Teil dieser Kollegen das nötige Verständnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation fehlte, daß die nötige Aufklärung nicht geschaffen werden konnte, was wesentlich seine Ursache in dem mangelhaften Versammlungsbefuch hat. In den Werkstatzzusammenkünften muß das Verfallene nachgeholt werden, wenn Unarbeitsfertigtes vernichtet werden soll.

Daß die allgemeine große Arbeitslosigkeit ganz besonders hierzu mit beigetragen hat, steht außer allem Zweifel, aber die überzeugten Kollegen, die doch unter den gleichen Verhältnissen zu leiden hatten, sind doch auch ihrer Verpflichtungen der Organisation gegenüber nachgekommen, oft vielleicht unter viel größeren Opfern. Für diese Kollegen war nur die Einsicht maßgebend, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Stärkung der Organisation doppelt nötig sei, was die übrigen Kollegen sicher nicht einzusehen vermochten.

Wie unsere Kollegenheit von der Erwerbslosigkeit betroffen wurde, darüber geben die erhobenen Statistiken ein klares unverwundbares Bild. Welche Not und welches Elend dadurch über so manche Familie hereingebrochen ist, brauchen wir in unserem Bericht nicht heranzulegen. Nehmen wir nur einige Zahlen aus der für Hamburg erhobenen Statistik, so kommt dieses hinreichend zum Ausdruck. Es beteiligten sich an dieser Statistik in 12 Zahlperioden von 1. Oktober 1907 bis zum 30. September 1908 insgesamt 23.743 Mitglieder; von diesen waren 2917 Kollegen gleich 33,34 Prozent in dieser Zeit 112.873 Tage arbeitslos. Es entfallen somit von den 306 Sollarbeits Tagen auf jeden Befragten 59 Tage und auf jeden Arbeitstagen 149 Tage Arbeitslosigkeit. Ganz abgesehen von der erhobten

Krankenziffer waren noch 716 Kollegen in dieser Periode 9097 Tage außer Beruf beschäftigt.

Die Hamburger Malerinnung glaubt diese hohen Zahlen darauf zurückzuführen, daß der Zugang gegenüber dem Vorjahre ein größerer gewesen sei, weil auch in anderen Städten ein größerer Mangel an Arbeitsgelegenheit war und deshalb gar mancher sein Heil noch in der Großstadt versucht habe.

Wegen Beitragsrückstände mußten gestrichen werden sind ausgetreten

Table with 3 columns: Year, Stricken, Ausgetreten. Rows for 1906, 1907, 1908 and percentages for 1908.

Von diesen waren 1908 Mitglied: noch kein Jahr 46,73 % 26,92 %

Table with 4 columns: Year, Mitglieder, Jahresabschluss, Ledig. Rows for 1906, 1907, 1908 and percentages.

Betreffs der Beitragsleistung ist anzuführen, daß in den Filialen unter 60 J kein Sommerbeitrag mehr erhoben wird; die Filialen Hannover, Kiel, Sonderburg und Wilhelmshaven erheben einen solchen von 70 J.

Auf letzteres haben alle Filialen in dieser Periode einen ganz besonderen Wert gelegt. Während wir am Jahresabschluss 1906 in den Filialen ein Vermögen von 20 333,93 M besaßen, stieg dasselbe 1907 auf 37 125,56 M.

Die Einklassierung ist wohl überall durchgeführt, doch bleibt auch hier noch manches zu wünschen übrig und wird es uns in komender Zeit hoffentlich gelingen, auch hierin Besserung zu schaffen.

Die Filiale Hannover hat für die Einklassierung der Beiträge einen Kollegen bestimmt, während diese Frage in der Filiale Bremen verhandelt wurde.

Betreffs der Lohnverhältnisse, Tarifverträge und Lohnbewegungen ist zu berichten, daß im Bezirk 51 Tarifverträge bestehen und zwar:

Table with 4 columns: Tarif, Mitglieder, Stündl. Arbeitszeit, Lohn. Rows for 17 and 17 tariffs.

Bei den Tarifen mit 9stündiger Arbeitszeit haben wir einen Tarif, der Klassenlöhne vorsieht, d. h. wo für Gehilfen unter 20 Jahren ein niedrigerer Lohnsatz festgelegt ist.

Bei den diesmaligen Lohnbewegungen ist es in acht Fällen gelungen, die bisher bestehenden Klassenlöhne aufzuheben und einen einheitlichen Stundenlohn festzusetzen.

In 23 Lohngebieten waren die Tarife abgelaufen und gelang es in 20 Fällen, den Tarif unter annehmbaren Verbesserungen zu erneuern, davon kam es in 18 Fällen auf dem Wege der Verhandlung zu einer Verständigung.

In nachfolgenden Orten wurde zum ersten Mal ein Tarifvertrag abgeschlossen: Ahrensburg und Bramfeld. Hier kommt zwar nur eine geringere Zahl von Kollegen in Betracht, doch ist dieses insoweit von Bedeutung, um auch in den Umgebungen der Großstädte ein möglichst einheitliches Lohngebiet zu schaffen.

In Bremerhaven ist der Tarifabschluss insoweit als ein erfreulicher zu bezeichnen, weil der dortige, sich mächtig fühlende und dabei schuldenreiche Arbeitgeberverband mit allen Mitteln jede Tarifabmachung bekämpfte.

In Delmenhorst haben gleichfalls die Verhandlungen zu einer Verständigung geführt und seitens der Meister wurde diesmal dem zugestimmt, was man vor Jahresfrist noch für unmöglich hielt, um es dort einführen zu können.

In Flensburg hat seit einigen Jahren kein Tarifverhältnis bestanden; die Innung hat dann nach längerem Sträuben gleichfalls einem Tarifabschluss zugestimmt.

In Güstrow bestanden bisher die allerungünstigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nachdem das Organisationsverhältnis sich dort günstiger gestaltet hatte, haben die Kollegen in den letzten Jahren nennenswerte Verbesserungen ohne Tarif erreicht.

Für Nienburg trifft das gleiche zu wie in vorhergehendem. Die Innung von Oldesloe ermächtigte eine Kommission zu einem Tarifabschlusse.

Dehnhausen. So kostspielig dort der Lebensunterhalt ist, so rückständig waren die Lohnbedingungen. Durch Verhandlungen einen Tarif zu erreichen, scheiterte an dem Verhalten der Unternehmer, und dieses trug wesentlich mit dazu bei, daß es zur Arbeitseinstellung kam.

In Hymont, Schiffbeck, Schwarzenbeck und Vierlanden sind ganz wesentliche Verbesserungen für die Kollegen eingetreten.

Westerland. Die Verhandlungen, die nach dem Streit wieder aufgenommen wurden, führten zu einer Verständigung und wurde ein Stundenlohn von 62 J erreicht.

Wisnau. Dort versuchten die Meister, eine frühere Abmachung mit einigen Gehilfen für die Organisation als verbindlich hinzustellen. Die Unparteilichen in Berlin sollten hierzu einen Schiedsspruch abgeben.

In Winsen haben die dortigen Kleinmeisterlichen Seelen in bezug auf Tariffreundlichkeit den Vogel abgeschossen. Formgerecht kam es dort zu einem Tarifabschlusse, derselbe wurde unterzeichnet, wir übernahmen die Drucklegung, der Obermeister zahlte den auf die Innung entfallenden Teil und ein Jahr später, im Herbst 1908, setzen sie den Tarif außer Kraft und brachten einen von ihnen selbst ausgearbeiteten Tarif zur Einführung.

Tarife wurden für folgende Orte erneuert: Für Bergedorf wurde es gleichfalls erreicht, daß die bestehenden Klassenlöhne aufgehoben wurden.

In Cuxhaven mußten wir erst das rigorose Vorgehen von den Baugeverwaltungen kennen lernen; durch den nachträglichen Abschluß wurde der Stundenlohn von 45 auf 50 J erhöht.

In Elmshorn wurde unter Beibehaltung der zehnständigen Arbeitszeit der Stundenlohn von 45 auf 50 J erhöht, der Tarif ist bereits seitens der Kollegen wieder gekündigt.

In Goslar erweckte es den Anschein, als wenn eine Verständigung zu erreichen unmöglich sei. Durch Eingreifen der Kommission wurde erreicht, daß der Lohn für 1908 auf 43 und für 1909 auf 46 J erhöht wurde.

In Göttingen eingetretene Lohnerhöhung ist eine sehr minimale, aber der Junggefellenslohn, welcher 10 J unter dem Mindestlohn stand, wurde aufgehoben.

In Gesehacht ist der Lohn von 55 auf 60 J erhöht. Für Hannover trat durch den erneuten Tarifabschluss eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 J ein.

In Harburg ist durch Verhandlungen eine Lohnsteigerung von 58 auf 63 J eingetreten.

In Isehoe sind die bisherigen Klassenlöhne aufgehoben; außer einigen Verbesserungen der Aufschläge für Ueberstunden usw. wurde der Stundenlohn von 48 auf 52 J erhöht.

In Lüneburg trat eine Lohnerhöhung von 42 auf 47 1/2 J ein.

In Meumünster wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt, desgleichen wurden die bisherigen Klassenlöhne aufgehoben und der Stundenlohn auf 53 J festgesetzt.

In Nienberg kam es zur Arbeitseinstellung. Es wurde erreicht, daß die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt und der Lohn von 48 auf 53 J für 1908 und 56 J für 1909 erhöht wurde.

In Reinbek haben die für Bergedorf getroffenen Abmachungen Gültigkeit erlangt.

In Rehsburg ist eine Lohnerhöhung von 48 auf 48 J eingetreten.

In Rostock wurde durch Verhandlung mit der von der Innung eingeleiteten Lohnkommission eine Verständigung erreicht, deren Resultat dann aber von der Innungsversammlung wider alles Erwarten abgelehnt wurde.

Infolge dieses Verhaltens kam es zum Streit. Der Lohn ist

von 43 auf 50 J erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. Ueber die Festlegung über Beginn und Ende der Arbeitszeit machten sich 1908 eine Reihe von Verhandlungen nötig.

In Sonderburg wurde an Stelle der bisherigen 10ständigen Arbeitszeit die 9 1/2ständige eingeführt und der Stundenlohn von 48 auf 57 J erhöht.

In Wolfenbüttel ist eine Lohnerhöhung von 3 J eingetreten und stehen die Kollegen zurzeit vor der Entscheidung, ob der Tarif verlängert werden soll oder nicht.

Des weiteren sind die Tarife von Oldenburg seitens unserer Kollegen und in Begleit von Seiten der Unternehmer gekündigt, dort beabsichtigt man, einige Wünsche der Baugeverwaltungen einzuführen.

Lackierer. In Hamburg, wo das Arbeitsverhältnis noch ein sehr verschiedenes war, war durch Verhandlungen schon einmal eine Verständigung über einen Tarifabschluss erreicht, einzelne Meister hatten es aber verstanden, ihn für ungültig zu erklären.

In Kiel wurde der bestehende Tarif erneuert, der eine Lohnerhöhung von 48 auf 48 J vorsieht.

In Bremen waren die in den Möbelfabriken Beschäftigten bestrebt, etwas geregelte Verhältnisse herbeizuführen. Durch das Verhalten der Fabrikleitung, die jede Verhandlung ablehnte, kam es zur Arbeitseinstellung.

In Hamburg hatten auch die in Fabriken beschäftigten Lackierer ihren bisherigen Tarif gekündigt. Der Arbeitgeberverband zog die Verhandlungen hinaus, bis unsere Kollegen dann beschlossen, zurzeit auf einen neuen Abschluß zu verzichten.

Uns dieser Uebersicht über die Lohnverhältnisse geht hervor, welche Vorteile die Kollegen an den einzelnen Orten durch die Organisation erreicht haben. Wenn auch durch die Errichtung des Hauptverbandes für unsere Arbeitgeber andere Verhältnisse geschaffen sind, so kam dieses auf die Tarifbewegung als solche nur günstig wirken.

Soll nun unsere Organisation die bevorstehenden Aufgaben im Interesse und zum Vorteil unserer Kollegschaft lösen, so erwächst für jeden einzelnen die Pflicht, auf dem gegebenen Bericht die nötigen Schlüsse zu ziehen, für die Festigung unserer Organisation mit Sorge zu tragen.

Durch die Gründung des Arbeitgeberverbandes ist uns die dringende Pflicht auferlegt, dieser Organisation als ein geschlossenes Ganzes gegenüberzutreten zu können.

Hamburg Emil Buch.

Jahresbericht des 4. Bezirks für 1908.

Der am Schlusse des vorjährigen Berichts ausgedrückte Wunsch, in diesem Jahre die Organisation nach innen und außen zu stärken, ist infolge der wirtschaftlich ungünstigen Konjunktur nicht in Erfüllung gegangen.

Männer von 10 673 auf 11 617, während die Zahl der offenen Stellen von 5417 auf 4504 zurückging.

Wenn diese angeführten Zahlen auch kein günstiges Bild entwerfen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß unsere Mitglieder bestrebt sein müssen, die Organisation auszubauen, da die Arbeitgeber mit aller Macht an dem Ausbau ihrer Organisation tätig sind.

Auch der christliche Malerverband ist unzufrieden mit den gemachten Fortschritten. Er schreibt in seinem Bericht zur 4. ordentlichen Generalversammlung:

„Nur zum Teil sind die Erwartungen, die Delegierte und Zentralvorstand nach der Dortmunder Generalversammlung hegen, in Erfüllung gegangen.“

Mit welchen rosigten Hoffnungen wurde der christliche Verband gegründet? Glaubt man doch mit dem Wort „Christlich“ in kurzer Zeit die in Rheinland und Westfalen vorhandenen in der Mehrzahl der katholischen Konfession angehörenden Kollegen zu organisieren.

Eine Mitgliederzunahme ist im Berichtsjahre ausgeblieben.

Dieses ist durch die wirtschaftlich schlechte Konjunktur erklärlich und wird durch die Tatsache bewiesen, daß gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Beschäftigten um 850 = 7,4 Proz. abgenommen hat und 12,6 Proz. von 2988 befragten organisierten Kollegen arbeitslos waren.

Die Mitgliederentwicklung in den letzten drei Jahren ist folgende:

Table with 7 columns: Jahr, 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal, Jahresdurchschnitt, Aufnahmen. Rows for 1906, 1907, 1908.

Nach dieser Zusammenstellung ist ein Mitgliederverlust von 229 oder 5,5 Proz. zu konstatieren. Gegenüber dem Jahre 1906 ist eine Zunahme von 188 oder 5,0 Proz. zu konstatieren.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Mitglieder, die Zahl der Aufnahmen und der Zahlstellen auf die einzelnen Filialen verteilen:

Table with 8 columns: Filiale, 4. Quart. 1907, 1. Quart. 1908, 2. Quart. 1908, 3. Quart. 1908, 4. Quart. 1908, Aufnahmen im Jahre 1908, Zahl der Zahlstellen. Lists various locations like Aachen, Bielefeld, Bochum, etc.

Nach dieser Aufstellung hat sich die Zahl der Orte, wo Mitgliedschaften sind, im Berichtsjahr um 16 vermehrt.

Trotz der mangelnden Arbeitsgelegenheit ist die Beitragsleistung in der Berichtzeit gestiegen, was für die innere Befestigung der Organisation spricht.

Die Regelung der Beitragsleistung ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Es werden in 1 Filiale mit 36 Mitgliedern 65 J pro Woche gezahlt, in 16 Filialen mit 2074 Mitgliedern 60 J, in 4 Filialen mit 349 Mitgliedern 55 J, in 3 Filialen mit 62 Mitgliedern 50 J, in 1 Filiale mit 145 Mitgliedern 35 J, in 2 Filialen mit 796 Mitgliedern 30 J, in 17 Filialen mit 2412 Mitgliedern 25 J und in 5 Filialen mit 188 Mitgliedern 20 J.

Im Steigen begriffen ist das Lokalvermögen. Im Jahre 1905 betrug das Lokalvermögen 1656,85 M (pro Mitglied durchschnittlich 0,55 M), 1906: 2201,35 M (pro Mitglied durchschnittlich 0,64 M), 1907: 2509,23 M (pro Mitglied durchschnittlich 0,70 M), 1908: 5212,94 M (pro Mitglied durchschnittlich 1,47 M).

Die Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation zeigt, daß 1/3 sämtlicher Mitglieder noch kein volles Jahr Mitglied sind. Im einzelnen gehören: 1100 Mitglieder noch kein Jahr der Organisation an, 777: 1-2 Jahre, 625: 2-3 Jahre, 390: 3-4 Jahre, 218: 4-5 Jahre, 140: 5-6 Jahre, 73: 6-7 Jahre, 59: 7-8 Jahre, 57: 8-9 Jahre, 41: 9-10 Jahre, 32: 10-11 Jahre, 5: 11-12 Jahre, 9: 12-13 Jahre, 4: 13-14 Jahre, 3: 14-15 Jahre, 2: 15-16 Jahre und 6 über 16 Jahre.

Ueber die Ergebnisse einer im Sommer aufgenommenen Statistik über die Einhaltung der vereinbarten Bedingungen wird später an dieser Stelle berichtet werden.

Das verfloßene Jahr war kein Kampfsjahr und doch dadurch wesentlich von dem Vorjahre ab. Nur in zwei Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung. In beiden Fällen wurde der Kampf gemeinschaftlich mit der christlichen Organisation geführt.

In der Maschinenfabrik Schmeß u. Dipenbrod, Alten-Essen, wurde am 21. April die Arbeit eingestellt und mußte am 12. Juni, ohne jeglichen Erfolg erzielt zu haben, wieder aufgenommen werden.

Auf gutlichem Wege fand in Düren eine Tarifverlängerung statt, die eine Lohnerhöhung von 3 J pro Stunde brachte.

Zum ersten Male wurde in Völsberg und in Linden ein Tarifvertrag vereinbart. In Völsberg sind zu dem Rheinisch-Westfälischen Tarif Sondervereinbarungen abgeschlossen, die eine Lohnerhöhung von 2 J pro Stunde brachten.

Eine Tarifverlängerung fand in Neumehd mit einer zweiprozentigen Erhöhung der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit statt.

Unter den Normaltarif fällt die Tarifverneuerung in Opladen für den unteren Kreis Solingen. Dieser Abschluß war mit Hindernissen verknüpft, es mußte die Festlegung der Arbeitszeit durch Schiedspruch erledigt werden, fiel aber zu unseren Ungunsten aus.

Eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 4 Stunden wurde in der Lackerei für LKW-Wagen bei Kapler u. Sohn in Köln abgelehrt.

In der Maschinenfabrik Humboldt zu Kall bei Köln gelang es den dort beschäftigten Lackierern und Anstreichern, die Stundenlöhne um 5 J zu erhöhen.

Den Möbelfabrikern der Fabrik Kottmeier in Detmold gelang es, eine Lohnerhöhung und Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen durchzusetzen, konnte aber nicht tariflich festgelegt werden, weil der Fabrikant als Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe keinen Tarif abschließen darf.

Lohnbewegungen fanden noch in Bonn-Gobersberg und Werden statt, die wohl eine Lohnerhöhung, aber keinen Tarifabschluß brachten.

Erreicht wurde für 29 beteiligte Kollegen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 174 Stunden und für 991 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1347,20 M pro Woche.

In drei Konferenzen, wovon eine im östlichen Westfalen, eine im Ruhrgebiet und eine im Rheinland stattfand, wurde die zu betreibende Agitation besprochen. Eine allgemeine Konferenz machte sich notwendig, um zur Tarifverlängerung, die laut Abschluß des Normaltarifs notwendig war, Stellung zu nehmen.

Trotz reger Tätigkeit hat uns das verfloßene Jahr das nicht gebracht, was wir erwarteten. Durch die wirtschaftliche Krise ist unser Vormarsch gehemmt worden.

Durch diese Tätigkeit war der Bezirksleiter an 172 und 13 Beauftragte an 47 Tagen im Bezirk beschäftigt. Die laufenden Geschäfte wurden in acht Sitzungen der Agitationskommission besprochen und erledigt.

Leipzig. Eine Konferenz der an die Filiale Leipzig angehörenden Zahlstellen tagte am 31. Januar in Leipzig. Vertreten waren von den 20 Zahlstellen 15, Wurzen, Röttha und Cosbich fehlten unentschuldig, Eilenburg und Schkendib entschuldig.

Leipzig. Eine Konferenz der an die Filiale Leipzig angehörenden Zahlstellen tagte am 31. Januar in Leipzig. Vertreten waren von den 20 Zahlstellen 15, Wurzen, Röttha und Cosbich fehlten unentschuldig, Eilenburg und Schkendib entschuldig.

Stärker könnten sich nicht daran gewöhnen, die kassierten Gelder monatlich einzulösen, und andererseits würden auch oft unbilligerweise recht hohe Klassenbestände am Orte zurückgehalten am Quartalschluß. Zur Geschäftsführung sei in allen Zahlstellen, wo mindestens zehn Kollegen arbeiten, ein Vorstand zu wählen, bestehend aus Vorsitzendem, Kassierer und Schriftführer und zur Prüfung der Klasse zwei Revisoren; in den kleineren Zahlstellen genüge es, wenn außer dem Vertrauensmann noch zwei Revisoren gewählt würden.

Übersicht über die Entwicklung der zur Filiale Leipzig gehörenden Zahlstellen.

(Mitgliederbestand nach vollbezahlten Beiträgen berechnet).

Table with 12 columns: 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908. Each year has sub-columns for Aufnahmen and Mitglieder. Rows list various locations like Cosbich, Eilenburg, etc.

Jetzt ist es uns gelungen, in allen für Leipzig in Frage kommenden Orten, oft unter sehr schwierigen Verhältnissen, Zahlstellen unseres Verbandes zu gründen, doch bleibt uns noch sehr viel Arbeit übrig, die Zahlstellen auszubauen und die uns noch fernstehenden dem Verbandsbezugzuführen.

Nach den Angaben arbeiten in den Zahlstellen durchschnittlich 260-300 Kollegen, im Sommer sogar über 400; unsere Aufgabe muß es sein, möglichst alle für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Dabei müssen aber die leitenden Kollegen in den einzelnen Orten tatkräftig mithelfen. Durch die Verteilung der Arbeiten wird es möglich, daß die Agitation geregelter durchgeführt werden kann.

den Ausgaben stehen, und erklärt sich im Prinzip für eine Erhöhung des Sommerbeitrages ab 1. März von 5 S.

Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Abstellen energisch für die Erhöhung einzutreten. Au Punkt 3 berichtete Kollege Gump, daß es uns gelungen sei, in mehreren Abstellen Tarife abzuschließen...

Salzungen. Das vergangene Jahr hat uns keine wesentlichen Fortschritte in unserer Filiale gebracht. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1908 55.

Siegen. Am 2. Februar fand hier eine öffentliche Versammlung der Maler- und Anstreichergehilfen statt, die von fast sämtlichen hier beschäftigten Kollegen besucht war.

Wichtigstellung. In Nr. 6, Seite 46, muß es im ersten Satz des 2. Absatzes nicht Arbeitslosenunterstützung, sondern Arbeitslosenstatistik heißen...

Gewerkschaftliches und Soziales.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter!

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen. Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren Jahren einen erbitterten Kampf...

langen, die die Gewerkschaften zum Schutze und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen jede Gewerkschaftsforderung.

An der Spitze dieser Todfeinde der organisierten Arbeit steht eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company“ nennt und die in New York ihren Sitz hat.

Bis zum 24. November 1905 waren bei der „Butterick Publishing Company“ nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein...

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild aller internationalen Verbindungen war...

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre Schuldigkeit tun und den Modestellungen und Schnittmustern der „Butterick Publishing Company“ die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt...

Es liegt an den Arbeitern Europas, den Schriftsetzern der Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe den Sieg zu sichern.

Technisches.

Preisanschreiben des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands zur Erlangung von Entwürfen für ein Verbandsplakat.

Der Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands

ist die berufene und anerkannte Vertretung sämtlicher im Steinseher- (Pflasterer-) Gewerbe, in Privat- und behördlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Der Verband erstrebt für alle Berufsangehörigen möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und gesetzlichen Schutz gegen die Gefahren des Berufes. Das Eintrittsgeld beträgt 50 S. Der Wochenbeitrag beträgt einen Stundenlohn. Der Verband gewährt dafür: Unterstützung bei Streiks, Ausperrungen und Maßregelung, Rechtschutz, Kranken-, Reise-, Notfalls- und Sterbehilfeunterstützung, Lehrere auch für Frauen der Mitglieder und kostenlos die Allgemeine Steinseher-Zeitung.

Die punktierten Linien im Text sollen handschriftlich ausgefüllt werden. Für die umrahmten Teile kann event. der Name freigelassen werden, der mit Buchdrucklettern nach Angabe des Autors auszufüllen ist.

Für den Druck dürfen höchstens drei Farben einschli. Schrift erforderlich sein. Keine Schriftplakate sind ausgeschlossen, doch darf das allegorische Werk nur untergeordnet sein. Die Entwürfe müssen mit einem Kennwort versehen sein...

aus zwei Mitgliedern des Steinseherverbandes und je einem Bildhauer, Lithographen und Maler.

Die Einreichung der Entwürfe muß spätestens bis 21. März erfolgen. Adresse: A. S. u. O. L., Berlin NW. 21, Willestr. 17.

Die Entwürfe werden am Sonntag, den 28. März, im Saal III des Berliner Gewerkschaftshauses zur Ansicht ausgestellt. Die prämierten Entwürfe gehen in das Eigentum des Verbandes der Steinseher über...

Baugewerbliches.

Abrechnung der Zentralkommission für Bauarbeiterlohn für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1908.

Table with columns for categories (Kassenbestand, vom Zentralvorst., etc.), amounts in Mark, and sub-categories (Maler, Dachbeder, etc.).

Table for Ausgabe (Ausgabe) with columns for categories (Für Gehalt des Sekretärs, Hilfsarbeit im Bureau, etc.) and amounts in Mark.

Table for Bilanz (Bilanz) with columns for Einnahme and Ausgabe, both totaling 9008.32 Mark.

Otto Friedrich, Kassierer. Hamburg, den 23. Januar 1909. Revidiert und für richtig befunden: Otto Franz, Gust. Mohr, Revisoren.

Verschiedenes.

Das waren die guten, alten Zeiten! Ein Erlass der königlich-preussischen Kriegs- und Domänenkammer vom Jahre 1770 verordnet folgendes: „Die schlechte Ausführung der Gesellen (in bezug auf das Halten der blauen Montagen und sonstige Arbeitsverhältnisse) trotz der königlichen Verordnungen ist nur ein Zeichen der schlechten Polizei und der Untauglichkeit und Schläfrigkeit der Bürgermeister.“

Literarisches.

Im Kommissionsverlag von F. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom November 1906.

Beipart, schreibt in der Vorrede u. a.: „Die vorliegende Statistik bringt den Nachweis dafür, daß die auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gerichteten Bestrebungen der organisierten Holzarbeiter ganz erfreuliche Fortschritte aufzuweisen können. Die Mitgliederzahl ist von 23774 im Jahre 1893 auf 12376 im Jahre 1897 resp. 70851 im Jahre 1902, resp. 151717 im Jahre 1906 gestiegen, und die Ausgaben für Streikunterstützung resp. für Kosten der Lohnbewegung verminderten sich von 1505 M im Jahre 1893 auf 164902 M im Jahre 1897, resp. 152247 M im Jahre 1902, resp. 1658804 M im Jahre 1906. Die Zahl der vom Verband geführten und unterstützten Streiks und Lohnbewegungen betrug in diesen vier Erhebungsjahren 6, 84, 157 und 1236.“ Es wird sodann darauf hingewiesen, daß angesichts der ungeheuren Kraftentfaltung der Organisation die Erfolge nicht ausgeblieben sind und der Beweis angetreten ist, „daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht umsonst die Opfer bringt, die der gewerkschaftliche Kampf ihr auferlegt.“ Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steigerung aller Lebensmittelpreise, der Wohnmieten usw. das Wehr an Lohnentkommen vielfach völlig aufwiegt, so daß die Frage ganz von selbst aufzuwerfen ist, wie es wohl anzusehen möchte, wenn die Arbeiterkraft bei Vergrößerung ihrer Arbeitskraft nicht den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation hätte? Die Antwort darauf findet der Leser in dem inhaltreichen Buche in überzeugender Weise dargestellt. Was hier für die Holzarbeiter als Richtschnur aufgestellt ist, gilt für alle Arbeiter. Wünschen wir der ausgezeichneten Arbeit recht viele aufmerksame Leser.

Le Traducteur — The Translator — Il Traduttore — drei Halbmonatshefte zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Lehrschriften, welche seit einem neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Leser nebenan gestellte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Lesens- und Lehrstoff, Vespähe, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aus wärmster Empfehlung. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Kostenfreien, brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft durch geprüfte Lehrer die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richtet man an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grabengasse 35. — „Arbeiter-Stenograph“, Organ des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes. Preis jährlich 2,50 M.

„In freien Stunden“. Hefte 2-4 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenden Romans „Penitworth“ von Walter Scott sowie der Erzählung aus der russischen Revolution „Kummerjahre“. Neu hinzutretenden Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte vom Verlag noch nachgeliefert werden. — Bestellungen zum Preise von 10 M pro Heft nehmen alle Parteibuchhandlungen, Kolportage sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen.

Fachliteratur.

Im Verlage von Otto Meier in Ravensburg ist ein Vorlagenwerk, betitelt „Der Dekorationsmaler der Gegenwart“ (1. Teil) erschienen. Das Werk enthält auf 120 Seiten eine einfache Zeichnung und Wasserfarbe von G. Jacoby-München und ist auf der Malerjugausstellung in Stuttgart 1908 prämiert worden. Durch ihre Einfachheit in der Darstellung eignen sich die Vorlagen für alle Dekorarbeiten und eignen trotzdem eine prächtige Wirkung. Ihre praktische Ausprägung ist jeder Vorlage ein Detailbogen beigegeben, wonach sich mit Leichtigkeit die Papiere und Schablonen in jeder Größe herstellen lassen. Wir können die Anschaffung dieses Wertes, das sich den gegenwärtigen Bedürfnissen des Dekorationsmalers gut anpaßt, den Kollegen nur empfehlen.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Die zehnte Generalversammlung findet zu Köln vom Dienstag den 2. März bis Freitag den 5. März 1909 im Gewerkschaftshaus, Severinstraße 199, statt.

Tagesordnung.

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl des Bureau's, der Redaktionskommission und Prüfung der Mandate.
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion des „Vereins-Anzeigers“ (Referenten: Leinert, Marx, Zolner und Kuntzer).
3. Beratung der zum Statut gestellten Anträge (Referent: Zolner).
4. Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu einem Reichstaxi (Referent: Zolner und Korreferent ?).
5. Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu Hamburg (Referenten: Jacobson und St. eine).
6. Der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung (Referent: Zolner).
7. Beschlußfassung über die durch vorstehende Punkte nicht erledigten Anträge.
8. Wahl der Vorstandsmitglieder, Festsetzung der Präsenz und Gehälter, Bestimmung der Orte für den Sitz des Vorstandes und Ausschusses.

Das Material, Rechenschaftsbericht und Mandat, wird den Delegierten im Laufe der Woche zugestellt und zwar, soweit uns die Adressen der Delegierten bekannt sind, an diese, im andern Falle an den Bevollmächtigten der Filiale, wofolbst die Delegierten dieses in Empfang nehmen können.

Zerstücklicher Weise ist in der ersten Bekanntgabe der Beginn der Generalversammlung auf den 1. März angelegt. Wir machen daher besonders darauf aufmerksam, daß die Eröffnung am Dienstag, den 2. März, morgens 9 Uhr, festgelegt ist und eruchen wir die Delegierten, demgemäß die Reise nach Köln einzurichten. Der Irrtum befindet sich auch in dem vom Lokalkomitee aus Köln an die Delegierten gesandten Zirkular und sehen wir uns genötigt, hiermit besonders darauf hinzuweisen, um nicht unnütze Kosten durch zu frühzeitige Fahrt herbeizuführen.

Die Mitglieder Made, Buchn. 119758; Giskamp, Buchn. 112560; Gierstens, Buchn. 119812; Geiriges, Buchn. 122237, wurden wegen Abschlußes von Sonderverträgen, die sich gegen die örtlichen Tarifbestimmungen in Berlin richten, von der Filiale Hannover ausgeschlossen. Nachdem die Kollegen auf das unrechtmäßige Verhalten aufmerksam gemacht wurden und sich durch Arbeitseinstellung

sofort des Vertrages entließen, wird auf Beschluß des Vorstandes der Anschluß aufgehoben. Als Milderungsgrund kommt der Umstand in Betracht, daß es sich um Kollegen handelt, die noch recht jung in der Organisation und der Tragweite des Abschlußes von Sonderverträgen sich nicht bewußt waren.

Angeschlossen auf Grund § 7 Absatz a des Statuts wurde das Mitglied Wittermann, Buchn. 23109, durch die Filiale Bern; Mitglied Schilling, Buchn. 44564, durch die Filiale Dresden; Mitglied Wiedemann, Buchn. 17644, nach § 7 c durch die Filiale Chemnitz.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Hoppe, Aug., Buchn. 55999, bez. bis 50. Woche 08 (Silberstein); Schinke, Mag., Buchn. 35053, bez. bis 48. Woche 08 (Dresden); Weiselt, Joh., Buchn. 20248, bez. bis 52. Woche 08 (Eisen).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassa vom 9. bis 15. Februar.

Eingekandt wurde: Bittan 50; für den „V.-A.“ Reichenbach 4.

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken. Altenburg 400 B. a 20 S.; Berlin 20 000 B. a 20 S.; Cassel 6000 B. a 60 S. 3000 B. a 25 S.; Köln 10 000 B. a 60 S.; Leipzig 2000 B. a 55 S., 4000 B. a 60 S.; Plauen 1200 B. a 60 S.; Rostock 2000 B. a 60 S., 60 E., 6 S.; Straßburg 600 B. a 25 S.; Weiswasser 40 B. a 50 S.; Wilhelmshaven 200 B. a 25 S.; Bittan 1200 B. a 50 S., 600 B. a 20 S.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und veru. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingetragene Hilfskassa Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 7. bis 13. Februar 1909. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungsm wurden eingekandt von Lenz-Dranienburg 175, Nachow-Schwerin 1. M. 50.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekandt an Finken-Danzig 1200, Klitz-Waden-Haben 80, Müller-Meerane i. Sachl. 50, Mayer-München 600, Arnold-Halle a. S. 400, Schulze-Spandau 200, Landahl-Potsdam 150, Mehrhorn-Gotha 50, Schreiner-Freiburg i. Bad. 200, Eucher-Wölflis 100, Müller-Starkstraße i. B. 100, Menow-Rostock i. M. 100, Naumann-Sirchberg i. Schl. 60, Brandt-Lügitz i. Oberbayern 40, Staune-Bremen 250, Wünger-Berlin 3000.

Stranengelber erhielten Buchn. 26222 M. Wolke in Breslau 11.80; Buchn. 35534 S. Reiter in Hann.-Münden 18.80; Buchn. 24809 E. Witzig in Breslau 12.60; Buchn. 1182 G. Jäckel in Kellin 12.60; Buchn. 28011 B. Langner in Breslau 12.60; Buchn. 28957 B. Fichtelwahn in Venrath 23.10; Buchn. 28007 B. Janoda in Breslau 12.60; Buchn. 34977 F. Glöbel in Reisholz 12.60; Buchn. 12624 F. Scharf in Hohenstadt i. Vog. 29.40; Buchn. 2119 E. Gantert in Worms 27.30; Buchn. 15934 D. Bräuf in Bremen 10.50; Buchn. 29608 St. Zubrowitz in Pomm.-burg 12.60; Buchn. 24697 D. Everts in Bant 12.60; Buchn. 24864 M. Langner in Breslau 14.70; Buchn. 31056 M. Zwenzner in Brandenburg a. Havel 18.90; Buchn. 27639 D. Steinfke in Bury 29.40; Buchn. 344 F. S. Nielsen in Lippzpringe 25.20; Buchn. 3196 A. Herzog in Frieda 29.40; Buchn. 27856 H. Sprengard in Weilerbach i. Han. 12.60; Buchn. 3475 M. Gellert in Angermünde 14.70; Buchn. 28068 W. Magwiy in Breslau 12.60 M.

F. S. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Filiale Reichenhall.

Die Auszahlung des Lokalgeldes findet beim Kol. H. Höstmann, Ludwigstraße 1 (Müllgeb.), 1. Etage, statt.

Arbeitsnachweis dortselbst. Umschau bei den Meistern ist verboten. (M 1.60) Der Ausschuss.

Kollege Fritz Grap

aus Lunenburg wird dringend gebeten, umgehend Nachricht an seine Mutter zu geben. Kollegen, die zweckdienliche Mitteilungen machen können, werden ersucht, solche zuzustellen an (M 2.-)

Frau Wwe. Grap

Lunenburg, Schlägerwiese 10.

Gesucht ein Maler-Geschäft

Ein zurzeit noch im Auslande lebender deutscher Maler, wünscht ein Malergeschäft in mittlerer Stadt Deutschlands, event. in der Umgebung Hamburgs, zu übernehmen. Geeignete Offerten unter C. B. befördert die Expedition dieses Blattes.

50 bunte Malvorl. gen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Erlähi, Oeffen i. Westf.

Mod. prakt. Schriftenheft

1.50 Mk. und 80 Bg., ferner Aufseitung zum Schrifteneinteilen von König 2.70 Mk., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reihe 2.50 Mk., 20 Destuben 4 Mk., Malerkleber und Malerleder billig.

P. Steet, Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

Zeichnen u. malen nach weibl. Modellen. 4 Tage, abds. 7-9 Uhr, wöchentl. 2 M. Sonntags, 9-1 Uhr, 1 M. Wilhelm Schütze, b. d. Strohhause 12.

Central-Arbeitsnachweis für Thüringen

Filiale Erfurt. Vermittlung zu jeder Tageszeit bei Ferd. König, Marbachergasse Nr. 6.

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2-3 Monate!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5.

Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Prospekte gratis.

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2 monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Verlangen Sie gratis u. franko!

die künstl. reichillstr. Prospekte der prachtvollen Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen

Institut für Maler

H. Schmid-Engweiler, Jülich.

Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582. Swiorzy-Malerei Das Porträt der Zukunft!

Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie. z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.—. Absolute Aehnlichkeit garantiert. Täglich hervorragende Anerkennungen Preisliste gratis und franko.

Richard Swiorzy, Ges. m. b. H. Berlin C., Wallstr. 89.

Grosser Nebenverdienst!

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang jezt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.

Fosen aus Messelstoff 2.— M, Mähen 40 S, Dreil-Fosen und Jacken 2.80 M, Extra-Größen 3.— M. 1. Qualität 25 S billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 18, 1.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Resten Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Paketsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. May Haupt, Dresden, Blasewitzerstr. 64.

Mehrländische Berufskleidung

ist anerkannt die beste. Berlin N., Brunnenstraße 119.

Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach außerhalb.

Maler-Mittel

prima Messel 110 120 130 140 mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 M.

extra schwerer Messel ob. Körper 110 120 130 140 n. Füllentafeln 3.— 3.25 3.25 3.50 M.

Dress-Fosen und Jacken Mk. 1.50, 2.45, 3.—0.

Restaurant „Klosterschenke“

Dresden-Alstadt, Ecke Allee u. Sellerg. Verkehrslokal der Maler, Lackierer, Virefreier. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Bablabend. Bahnhöfe der Central-Frankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittags- und Abendessen bei billigen Preisen. ff. Bier.

August Heinrich.

Nachruf.

Am 12. Februar verstarb nach längerem Leiden unser Kollege

Ferdinand Hofschlag

im Alter von 41 Jahren an der Schindsucht. — Sein von bestem Willen getragenes Eintreten für die Draufaktion sichert ihm in unseren Reihen ein dauerndes Andenken. (M 3.—) Filiale München.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 7 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.

Verlag von S. Wentker, Hamburg 22, Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.